MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 28. November 1925
Sonnabend Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Wert * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * Bild im Bilde.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

64. Jahrgang
Nr. 561
28.11.a

Zum Tage.

Die Erklärungen des Kultusministers Dr. Becker über den Fall Schillings haben die Erregung der Oeffentlichkeit über die plötzliche Entlassung dieses bedeutenden Künstlers nicht vermindert. An sich kommt man vielleicht sagen, daß der Kultusminister im Hinblick auf seine Verantwortlichkeit gegenüber dem Landtage und im Hinblick auf den Prozeß, den Herr v. Schillings angestrengt hat, bei dieser Pressebesprechung noch nicht alle Trümpfe des Ministeriums aus der Hand geben wollte. Der Prozeß ist indes, wie die einmütige Stellungnahme der öffentlichen Meinung von links bis rechts beweist, bereits in vollem Gange. Auch wurde der Minister durch Fragen genötigt, Dokumente und Vorgänge mitzuteilen, die er ursprünglich nicht berührt hatte. Den Teilnehmern an der Versammlung, deren sehr temperamentvoller Verlauf gelegentlich zu fast dramatischen Szenen führte, drängte sich der Eindruck auf, daß der Minister selbst an der unerquicklichen Zuspitzung der Situation wohl nur insoweit schuld ist, als er den Herren Kestenberg und Seelig, den Sachbearbeitern, offenbar viel zu freie Hand ließ. Nach der Darstellung des Ministeriums hat der zuständige Verwaltungsdirektor sich gewegert, die Abrechnung über das Holland-gastspiel vorzunehmen. Ebenso wird dem Intendanten v. Schillings der Vorwurf gemacht, mit seiner Gattin, Frau Kemp, einen Vertrag mit ungewöhnlich günstigen Bestimmungen für die Gastspiele abgeschlossen zu haben. Von der Gegenseite werden beide Darstellungen bestritten. Nehmen wir sie oder einen Augenblick als richtig an, dann erhebt sich doch die Frage, was denn das Ministerium, die vorgesetzte Behörde, getan und veranlaßt hat, als dieser Sachverhalt vorlag? Man sollte annehmen, daß eine persönliche Aussprache des Ministers mit dem Intendanten, von Mensch zu Mensch, sehr leicht hätte Klarheit schaffen können. Statt dessen ist die Verwaltungsmaschine in den beiden Herren Seelig und Kestenberg erwünschten Weise einfach weitergelaufen. Die Landtagsverhandlung und der Prozeß werden Gelegenheit geben, alle noch dunklen Punkte dieser bedauerlichen Angelegenheit vollkommen aufzuklären. Daß es aber dazu kommen mußte, ist sowohl im Interesse der Staatsautorität, wie des hervorragenden künstlerischen Instituts, um das es sich handelt, auf das tiefste zu beklagen. Auf beiden Seiten mögen Fehler gemacht worden sein. Man kann indes kaum bestreiten, daß die schweren Vorwürfe gegen das Ministerium bisher nicht entkräftet sind. Ob freilich der Sturm der Entrüstung, der Protestkundgebungen und mit offenbaren Fälschungen, wie der Kaiserloge, Minister Stresemann hätte die Sympathiekundgebung für Herrn v. Schillings ein Dinner veranstaltet, gedient wird, möchten wir füglich bezweifeln.

★

Morgen finden in Preußen die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen statt. Die Wahlkampfe in den Provinzen haben sich sehr geräuschlos, fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vollzogen. Das allgemeine Interesse an diesem Wahlgang scheint, wie auch die letzten Wahlen von 1921 gezeigt haben, noch geringer zu sein, zum Teil wohl als Folge der vor der Revolution herrschenden indirekten Wahlmethode, bei der die Abgeordneten der Provinziallandtage von den Gemeindevertretungen bestimmt wurden. Noch mehr aber ist die Zurückhaltung der Oeffentlichkeit auf die Verkennung zurückzuführen, die man den höheren Kommunalverbänden bisher entgegenbrachte. Und doch geben die bevorstehenden Wahlen zu Bedenken den groß aufgezogenen Landtagswahlen keineswegs viel nach. Wenn vor fünf Jahren die Kreis- und Provinziallandtage ausnahmslos einer ruhigen, rein sachlichen Arbeit gewidmet, so ist nach dem Kriege die Politik der Parteien in diese Körperschaften eingezogen. Für das Schicksal der Bevölkerung sind die in ihnen getroffenen Entscheidungen ungeheuer wichtig; greifen sie doch vielfach in das Leben des einzelnen stärker ein als die Tätigkeit des Landesparlaments. Darüber hinaus ist die parteipolitische Zusammensetzung des Kommunallandtages mitentscheidend für die hohe Staats- und Reichspolitik. So wird der Preußische Staatsrat aus den Vertretern der Provinziallandtage zusammengesetzt, während die preußischen Provinzialvertreter im Reichstag selbständig neben den Vertretern der einzelnen Länder, auch Preußens, Sitz und Stimme haben. Und schließlich: der politischen Erziehung des einzelnen, besonders aber der Volksvertreter, ist es bitter not, daß die ausgezeichnete Schule der deutschen Kommunalselbstverwaltung eine stärkere Beachtung als bisher finde. Die immanente Verwaltungsreform wird als eine der wichtigsten Aufgaben Preußens in den Kreis- und Provinziallandtagen die einflußreichste Unterstützung finden. Ihr Schicksal wird nicht zuletzt von dem Ergebnis dieser Wahl bestimmt, an der sich zu beteiligen Pflicht jedes preußischen Bürgers ist.

★

An der letzten Lesung über die Locarno-Vorlage hat sich, wie bereits früh gemeldet, die kommunistische Abgeordnete Klara Zetkin in Rede und Abstimmung beteiligt. Frau Zetkin ist als deutsche Abgeordnete gewählt worden und hat ihr Mandat behalten. Trotzdem hat sie es für richtig gehalten, ihren Aufenthalt bereits seit zwei Jahren in Moskau zu nehmen und es fast nur für einer der wichtigsten Entscheidungen des deutschen Volkes über die Grenzen unseres Reiches und die Schwelle des Parlaments zu kommen. Mag die Abhängigkeit der kommunistischen Partei von ihrer russischen Zentrale noch so groß sein; daß eine deutsche Abgeordnete jahrelang die deutsche Politik lediglich aus dem Ausland und von Strömungen des Auslandes heraus betrachtet, um dann plötzlich wieder in ihre Gesetzlichkeit aktiv einzugreifen, geht ohne Zweifel über die Grenzen parlamentarischer Pflichten hinaus. Es wäre daher vielleicht ein Gesetz nicht unangebracht, daß jahrelanges Fernbleiben sowie der Eintritt in den Dienst einer fremden Macht — Frau Zetkin hat im letzten Jahre im Kaukasus propagandahilfe für das Sowjetprogramm gewirkt — den Verlust parlamentarischer Rechte nach sich ziehen muß.

Unterzeichnung des Reichspräsidenten.

Das Locarno-Gesetz vom Reichsrat angenommen.

Der Reichspräsident wird heute die Unterzeichnung des gestern vom Reichstag angenommenen Locarno-Gesetzes vornehmen, wodurch das Gesetz nach Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt Rechtskraft erhält.

★

Vor der Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten beschloß der Reichsrat in öffentlicher Vollsitzung mit 49 gegen 15 Stimmen, von dem Gesetz über die Zustimmung zu den Locarno-Verträgen und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben.

Gegen diesen Beschluß stimmten Oldenburg, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Bayern und Mecklenburg-Schwerin.

Abreise der deutschen Delegation nach London.

Die deutsche Delegation fährt Sonntag abend nach London. Die genaue Zeit der Abfahrt ist bisher noch nicht bestimmt. Außer dem Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann nehmen an dem Unterzeichnungsakt Staatssekretär v. Schubert und Staatssekretär Pempner teil. Mit Rücksicht auf die infolge des Todes der Königinmutter Alexandra verfügte Beschränkung der ursprünglich geplanten Feierlichkeiten ist davon Abstand genommen, alle Herren, die als Mitglieder der deutschen Delegation an den Verhandlungen in Locarno teilgenommen haben, nach London zu schicken.

Gute Aussichten für Briand.

Parlamentarische und politische Beruhigung.

a. **Paris**, 28. 11. (Eigenbericht.)

Das Kabinett Briand wird im allgemeinen im Prinzip als gebildet betrachtet. Die Veröffentlichung der endgültigen Ministerliste dürfte bereits heute vorzeitig erfolgen, „wenn nichts dazwischen kommt", wie sich Briand vorsichtig ausdrückte. Die Aufnahme, die das Kabinett in der großen Masse findet, ist gut, und vor allem ist festzustellen, daß sich bereits jetzt eine wohltuende Beruhigung in der parlamentarischen und politischen Lage bemerkbar macht. Dabei ist man sich dessen wohl bewußt, daß auch die Lebensdauer dieser Kombination, wie jene der Vorgänger, in erster Linie

von den Erfolgen des Finanzministers abhängen wird. „Wenn uns dieser", schreibt das Blatt der ernsten Industrieblätter, „nicht auf dem Abhang vorhält, auf dem wir uns Aufstieg gerutscht sind, so werden die Tage des Kabinetts gezählt sein."

„Die Konzentration wird vor allem eines Finanzerfolges bedürfen", schreibt Minister im „Figaro", „aber diese Aufgabe wird nicht leichtfallen, da auch die Genäßigten, nicht nur die Sozialisten, der Inflation feindlich sind und ihr eigenes Finanzprogramm haben." Die „Ere nouvelle", das Blatt der Radikalen, erwartet von dem neuen Ministerium vor allem Wahlreformen, d. h. die Zurückkehr zum Kreiswahlrecht, für das sich übrigens Briand im Laufe der gestrigen Verhandlungen ausgesprochen haben soll.

Die extrem nationalistische „Victoire" droht ihr Bedauern aus, daß das Ministerium Briand kein Ministerium der nationalen Konzentration ist. Die kommunistische „Humanité" zeigt sich ebenfalls nicht ausfallend gegen das Kabinett Briand und stellt nur fest, daß Briand wohl genügend Mitarbeiter, aber noch keinen Finanzminister gefunden hätte. Bedenken gegenüber der Bildung des Kabinetts Briand äußert der sozialistische „Populaire" und führt hierbei besonders die Schwierigkeiten, die sich gestern gegen Mitternacht in den Besprechungen Briands ergeben haben sollen.

Die Ministerliste,

die heute morgen als möglich vermutet wird, ist folgende:

Präsidium und Aeußeres: Briand,
Justiz: Chautemps,
Inneres: Paladier oder Marraud,
Finanzen: Doumergue,
Krieg: Painlevé,
Marine: Leygues,
Oeffentlicher Unterricht: Paladier oder Daniel Vincent,
Oeffentliche Arbeiten: De Monzie,
Handel: Chaumet oder Daniel Vincent,
Arbeitsministerium: Durafour.

Unterstaatssekretäre:
Unterstaatssekretär bei der Präsidentschaft: Laval,
Unterstaatssekretär für Finanzen: Morel,
Unterstaatssekretär im Kriegsministerium: Ostola,
Unterstaatssekretär für Luftfahrtwesen: Laurent Eynac.

Man erwartet, daß im Laufe des heutigen Nachmittags bereits der Wortlaut der Ministerliste an die Presse abgegeben werden wird, denn die Finanzkrise drängt stark. Briand dürftesich demnach den Parlamenten kaum vor kommenden Donnerstag vorstellen. Es er Sonntag unbedingt nach London abreist und bis Mittwoch abend vorzubereiten gedenkt, und zwar nicht nur um die Locarnoverträge zu unterzeichnen, sondern auch um

„wichtige Unterredungen mit den deutschen und englischen Ministern"

zu pflegen. Wie haben das Bevorstehen dieser Konversation bereits gemeldet und gesagt, daß es sich dabei um eine mündliche Aussprache über zweite Fragen der Unterzeichner der Locarnoverträge handeln solle, die auf diplomatischem Wege bisher noch nicht genügend erledigt worden sind. Französischerseits wird die Vermutung ausgesprochen, daß es sich um weitere Ausführungen der Locarnoverträge zugunsten Deutschlands handelt.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Prags Stellung zu Locarno.

Deutsche Forderung: Locarno-Geist im Innern.

Prag, 28. 11. (Eigenbericht.)

Der Ständige Ausschuß der Nationalversammlung trat in unseitlicher, bei Außenministers Dr. Beneš in einer Sitzung zusammen, um die Ausführe über den Bericht des Außenministers, mehr er sich insbesondere über den Vertrag von Locarno äußert, fortzusetzen.

Dr. Spiegel (deutsch-demokratische Freiheitspartei) glaubt, daß die Tschechoslowakei die Verbindung zu Deutschland und Ungarn nicht unterbrechen dürfen, es müsse nicht nur herzlich, sondern freundschaftlich sein. Außenpolitik und Innenpolitik können miteinander zusammen. Noch immer bedrohen man

die Deutschen als Quantität nöglizgeahlt.

Noch immer laffe man den Deutschen ihre Rechte nicht zukommen.

Dr. Geck (Deutsch. Soz.) erklärt, es sei unzutreffend, wenn der Tschechoslowakei vorgeworfen, daß die Deutschen in der Tschechoslowakei keinen Gleichberechtigungskampf führten, sondern einen Kampf um die Macht. Man brauche nur auf die 3 Zaunes deutscher Angestellten hinzuweisen, die erst seit kurzem, nachdem sie sich dem tschechoslowakischen Staat eine gewisse Zeitlang treu bewiesen haben, ihre Gehälter erhalten. Auch diese keine kann man ermessen, wie der Staat gestaltet wurde, wenn man den Deutschen gleiches Recht auf ihre kulturelle und nationale Entwicklung und volle Selbstverwaltung zugestanden wäre. Eine gütige Gesetzgebung habe sich jetzt vor Locarno als Wendepunkt bezeichnet werde.

Prof. Dr. Spina (Bund der Landwirte) meint, daß

die Ergebnisse der Wahlen

habe bewiesen, daß die Minderheiten vorhanden seien und sich sehr kräftig und nachdrücklich zum Leben gemeldet hätten. Bisher sei aber noch nichts getan, um merken, daß die Gleichstellung unter den tschechischen Staatsnationen ein ernstes Ziel der Regierung, den Geist von Locarno im Innern des Staates bei den Völkern zu bereiten.

Nachdem noch einige Abgeordnete gesprochen hatten, ergriff Minister des Aeußern Dr. Beneš das Wort. Er stellte zunächst fest, daß aus der Debatte folgender Schluß gezogen werden könne: Alle Regierungsparteien und eine Reihe oppositioneller Parteien haben sich für die Vereinbarungen von Locarno ausgesprochen. Die Sprecher der Opposition Dr. Czech, Dr. Spiegel und Dr. Spina hatten zwar erklärt, nicht für seine (des Ministers) Erklärungen stimmen zu können, sich aber für die Verträge, die am 1. Dezember in London unterzeichnet werden, ausgesprochen.

Weiter erklärte Dr. Beneš in seinen Ausführungen betreffs der

Abrüstungsfrage,

daß die Republik selbstverständlich ebenso aufrichtig gewillt sei, wie bisher die Friedenspolitik verfolgt habe, die Abrüstungspolitik verfolgen werde. Die Abrüstung müsse oder gemeinsam erfolgen.

Gegenüber dem deutschen Senator Dr. Spiegel legte der Minister betreffs Deutschlands fest, daß die tschechoslowakische Republik der erste Staat gewesen sei, der Deutschland die Klausel der Mitbegründung angeboten und gegeben habe, in einer Zeit, als es großes internationales Aufsehen erregte, daß ferner die Tschechoslowakei auf die finanziellen und wirtschaftlichen Vorteile aus dem Verbleiben „Vertrag" verzichtet habe und daß schließlich die Republik als erste Sache eingetreten ist, daß Deutschland in den Völkerbund zugelassen werde, in einer Zeit, da andere dies als Konzession ansahen.

Zu den Bemerkungen betreffs Ungarns erklärte Dr. Beneš, die übereinstimmende Meinung der ungarischen öffentlichen Meinung sei sich der Tatsache bewußt, daß die Tschechoslowakei unter der neuen Situation rechnen müsse. Er habe niemals den Unterschied zwischen den politischen und moralischen Grenzen verbeinlichs. Es sei kein Zweifel, daß die Stabilität in Westeuropa immer größer als in Mittel- und Osteuropa war. Das hänge mit der hundertjährigen Entwicklung der Kultur und Zivilisation zusammen.

Gegenüber der Bemerkung, daß die phchisiche Renderung

viel wichtiger sei als 20 Pakte, bezeichnete der Minister solche einerseits als ein Element bei der Herausbildung der Sicherheit, andererseits gerade als den Ausdruck dieser neuen Phase. Es dürfe man die Verträge nicht unterschätzen. Der Einfluß der Locarno-Verträge sei groß in Europa und in Amerika.

„Auch bei uns", erklärt der Minister weiter, „muß eine neue Phase einsetzen."

Der Minister schloß die Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß Westeuropa, die neue Ära

sei, die Dort beginne man sich ausschließlich mit Fragen der Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere in England und Frankreich. Das gelte auch von Mitteleuropa; auch diese konsolidierte sich. Es gelte diese Umstände ernchte er die Verträge von Locarno als einen bedeutenden Erfolg für ganz Europa.

Nach der Debatte wurde um ehn der Ständige Ausschuß die Erklärung des Ministers zur Kenntnis.

★

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.)

An der Tschechoslowakei werden in der nächsten Zeit im Dimiyer Direktionsbezirk 1.300 deutsche Eisenbahner abgebaut. 200 Arbeiter erhalten keine Pension, die anderen eine dürftige Abfertigung. **1902 deutsche Beamten sind bereits in Amtlicher Weise brutlos gemacht worden.**

Polen und Locarno.

Warschau, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Graf Alexander Skrzynski hat gestern abend seine Reise nach London angetreten. Der Auswärtige Ausschuß des Parlaments hielt eine zweitägige Sitzung für den Vertrag von Locarno ab, in der Skrzynski den Vertrag zur Annahme empfahl, da er den Frieden Europas für mindestens fünf oder gehn Jahre sichere. Skrzynski legte besonders Wert auf die Interpretation des Vertrages durch Chamberlain, nach der bei der Vertrag Polen volle Sicherheit gebe. Der Auswärtige Ausschuß beschloß trotz einiger Bedenken, die Ratifikation des Vertrages dem Parlament zu empfehlen.

Neue faszistische Angriffe gegen Wien

Drohungen mit der faszistischen Peitsche.

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.)

Von italienischer Seite liegen unerhörte Drohungen mit einer Besetzung Oesterreichs im Zusammenhang mit dem Tiroler und Wiener Protest gegen die Bedrohung Südtirols durch die Italiener vor. Der Sekretär Farbelino von der faszistischen Partei in Südtirol schreibt im „Piccolo Tirolo" anläßlich einer Besprechung der letzten Rede Mussolinis über die Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich: „Es ist nicht nützlich, Worte gemacht werden, daß Rom die Mittel und die Kräfte hat, um aufzuräumen." Das Blatt beschimpft dann in unerhörten Worten den Abgeordneten Dr. Ellenbogen, der kürzlich im Wiener Parlament gegen die Methoden Mussolinis Protest eingelegt hat und fügt hierbei hinzu: „Dieses Gewäsch muß entweder mit Gold oder mit der Peitsche beendet werden. Italien hat kein Gold für solche Leute, die Peitsche ist vorrätig."

Oesterreich weiter unter Kontrolle.

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.)

Im Finanzausschuß des österreichischen Nationalrates ist gestern die Vorlage über die Verlängerung der Mandatsdauer des ausländischen Beamten bei der österreichischen Nationalbank erfolgt worden. In Erwiderung eines Angriffes des oppositionellen Abgeordneten Dr. Ofner und Bankpräsidenten Dr. Rauscher mit, daß die Regierung ein Finanzgesetzes des neuen Beraters über seinen Wirkungskreis nicht dulden würde. Ferner kündigte Ramek an, daß die Regierung in der bevorstehenden Genfer Völkerbundstagung mit konkreten Vorschlägen gehen werde.

Eine interessante Statistik.

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.)

Das Generalkommissariat des Völkerbundes hat Aufschlüsselungen über die Kapitalsumme der Staatsschulden, des Staatsschuldendienstes und der Rüstungslasten für eine Reihe von Staaten fertiggestellt. Nach dieser Aufstellung beträgt in Schweizer Franken gerechnet in Oesterreich bei einer Bevölkerung von 6½ Millionen die Kapitalsumme der Rüstungslasten 8 Millionen, die Kapitalsumme der Staatsschulden 275, Gesamtheit der Staatsschulden 275, in der Tschechoslowakei bei 13,8 Millionen Einwohner die Kapitalsumme der Rüstungslasten 25, des Schuldendienstes 22 (ohne amerikanischen Schuldendienst), Gesamtheit der Staatsschulden 265. In Ungarn beträgt bei 8,2 Millionen Einwohnern die Kapitalsumme der Rüstungslasten 9, des Schuldendienstes 7 und der Anteil an der Gesamtheit der Staatsschulden 156 Schweizer Franken.

Die Gouverneurin und ihr Mann.

New York, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Das Parlamentsmitglied von Texas wird in den nächsten Tagen eine Sonderfrage abhalten, die sich mit der Bestrafung des bekannten weiblichen Gouverneurs von Texas Mrs Ferguson befassen soll. Die Gouverneurin hat von dem Antrag der Abgeordneten, eine Sonderfrage einzuberufen, bisher keine Notiz genommen, worauf der Präsident der Kammer einfändigte, daß er die Sitzung selbst einberufen wird. Die Kammer wurde nicht zögern, die Gouverneurin zu bestrafen, wenn sich auch die Anklage mehr gegen ihren Mann als gegen sie selbst richtet. Sie ist nur zum Rahmen nach Gouverneurin, in Wirklichkeit aber halte ihr Mann die Zügel in der Hand, obgleich es vor wenigen Jahren von Texas Siedlung als Gouverneur abgesetzt worden war. Die Anklage richtet sich besonders dagegen, daß Mrs Ferguson von ihrem Begnadigungsrecht zu freigebig Gebrauch machte. Trotz des Schreiens des Parlamentes hat die Gouverneurin vorgestern wieder 105 Gefangene begnadigt. Seit Januar 1920 hat sie 1120 Gefangene begnadigt, darunter 27, die wegen des Mordes und Mordversuchs bestraft wurden.

Zur Aufklärung des U-Boot-Unterganges.

Stockholm, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Der Kapitän des Dampfers „Mentor" hat seinen Bericht über den Zusammenstoß im britischen Kanal vor zuständigen Schiffahrtsgericht eingereicht. Der Fall wird morgen verhandelt werden. In seinem Bericht stellt der Kapitän fest, daß bei dem Unglück keiner Schuld vorliegt, der Dampfer hatte Stärke 8. Der Tiefgang des Dampfers war 5,40 Meter vorn, 5,70 Meter hinten. Die Lotsen hatten Anweisungen, daß sie fest, daß man zwischen eine Minenexplosion annahm. Probestücke des Schiffsbodens mit den vorgefundenen Farbreisen sind der britischen Admiralität übersandt worden.

Ein Bagger auf See gekentert.

Ie Tonsig, 28. 11. (Eigenbericht.)

Bei den Hafenarbeiten im polnischen Hafen Gdingen in der Ostseebucht trug sich ein schwerer Unfall zu. Ein von einer dänischen Firma dort zu Baggerarbeiten benutzter Dampfbagger hatte eine Landladung nach Bremen mitgenommen, um sie vor abzuladen. Dabei ist auf unerklärliche Weise der Bagger zum Kentern gekommen, wobei der Steuermann und drei Matrosen dänischer Nationalität den Tod in den Fluten fanden und auch ein polnischer Kontrolleur ertrunken ist, der die Aufsicht über die Hafenarbeiten hat. Tod des Baggers konnten der Von verhängten Besatzung des Baggers konnten der Schlepper geretet werden.

Berlin, 28. 11. (Agence Havas/Athene). Die Nachrichten über die Ergebnisse der Unterschung und die Ursachen des Unglücks **der Bürgerkundskommission** über die Beraniwortlichkeit für den letzten **griechisch-bulgarischen Zwischenfall** sowie über die zu zahlende Entschädigung sind unrichtig. Schwebt hier wie in Sofia und Belgrad hat die Kommission erklärt, sie werde keinerlei Mitteilung über ihre Schlußfolgerungen bekannt machen, bevor sie diese den Völkerbund vorgelegt habe.

Belgrad, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.) Die Völkerbundskommission ist heute aus Sofia hier eingetroffen und will zwei Tage bleiben.

fr. Mailand, 28. 11. (Eigenbericht.)

Mit einem letzten Aufruf oder Rechenschaftsbericht verläßt heute der Senator Albertini zusammen mit seinem Bruder den „Corriere della Sera", nachdem er 25 Jahre an der Spitze des Blattes gestanden hat.

Vatikan gegen Einheitsgewerkschaft

Scharfe Sprache gegen Mussolinis Gesetzentwurf.

fr. Mailand, 28. 11. (Eigenbericht.)

Der „Osservatore Romano" das Blatt des Vatikans, wendet sich in einem Artikel gegen das neue Syndikatsgesetz und bestreitet dem Justizminister Rocco, daß auf katholischer Seite die Notwendigkeit bestehe, daß den katholischen Rechte erhält, übernommen sei. Es sichert vielmehr die Enzyklika Leos XIII. „Rerum novarum", daß die katholischen Gewerkschaften nicht nur die materiellen Interessen, sondern auch die geistigen der katholischen sozialen Weltanschauung gepflegt hatten. Dagegen werde jetzt für die katholischen Arbeiter durch das neue Gesetz die gewerkschaftliche Freiheit eingeschränkt.

Angora lehnt ab.

seh. Genf, 28. 11. (Eigenbericht.)

Eine heute eingetroffene Meldung aus Angora besagt, daß der türkische Ministerrat gestern den obligatorischen Schiedsspruch des Völkerbundes in der Mossulfrage ablehnte und den heute nach Genf abreisenden Kabinettsminister dementsprechend instruierte.

Kritische Lage in Kairo.

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.)

Aus Kairo wird gemeldet, daß die Situation in Aegypten kritisch sei und mit der Demission Zivar Paschas gerechnet werden müsse. Wenn Zivar Pascha im Amte bleiben sollte, würde das dem offenen Kampf gegen die gesamte Opposition mit Gleichzeitigkeit seiner eigenen Bewegung gleichkommen. Zivar Pascha ist bereits zurück, er würde das das Generalkommando des Königs Fuad bedeuten, daß die verzögerte Aufteilung des Parlaments unaufhaltsam ist und leicht zurückgewiesen erfolgt wurde. Konta Fuad würde damit also in offene Kampfstellung gegen England treten.

Französische Verstärkungen in Syrien.

Beirut, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Offiziell wird mitgeteilt, daß Hadschin Tal Drusen bei Tschel-Zerka den Merich nach Hadschin verlassen haben. Die Verstärkungen waren durch Telegramm bereitgestellt. Den Zugel in Gaiel traufeiten Nachrichten zufolge, daß verstärkten ihre Stellung in Hadschin gegen das neue Operationen verbereitet werden. Eine Abteilung „Auftandscher" hat am 26. Oktober Damaskus—Aleppo eine Brücke gesprengt. Es scheint von den Drusen erbaut worden zu sein. In Beirut und in Tripolis sind gestern weitere Verstärkungen eingetroffen. Weitere Verstärkungen sind eingeschifft.

Japan sendet Truppen in die Mandschurei.

Tokio, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Die zuverlässig berichtet wird, hat die Regierung beschlossen, ein Regiment Verstärkung nach der Mandschurei zu senden, da Tschang Tsolin nicht mehr fähig sei, die japanischen Staatsangehörigen zu schützen. Das bedeute jedoch keine Abkehr von der japanischen Politik, sich nicht in China einzumischen. Der verantwortliche Leiter des Tschang Tsolin-Lins erregt hier lebhafte Besorgnis wegen der zweifelhaften japanischen Interessen, die in der Mandschurei investiert sind. Man befürchtet, daß die Vereinsgenommenheit gegen Tschang Tso-lin aus dem Gegner Mukdens auch einen Gegner Japans macht.

Der „Sieger von Wilna" wird Kriegsminister.

n. Warschau, 28. 11. (Eigenbericht.)

Die am Dienstag gebildete Eisenbahnpräsidenten vollzogene Ernennung des Generals Zeligowski zum Kriegsminister und zugleich zum Leiter des Ministeriums unter den Präsidenten der polnischen Republik bedeutet ein Programm für sich, da der Name Zeligowski verbunden ist mit der „Eroberung" des Wilnagebietes durch Polen. Zu gleicher Zeit wurde der Finanzminister Matrowicz von der Leitung des Kriegsministeriums entbunden.

Von den Polen abgebaute Eisenbahn.

op. Kolberg, 28. 11. (Eigenbericht.)

Die ehemalige deutsche Eisenbahnstrecke Bütow—Konitz wird auf polnischen Gebiet von den Polen von der deutschen Grenzstation Ziskow aus nach Bütow, Zanzkin und Konitz Schienen und Schwellen bis zum polnischen Kreisgericht Lippusch entfernt worden. Es ist damit die alte Verbindung Stolp—Bütow—Konitz zwischen den beiden Strecken Danzig—Stettin—Berlin und Dirschau—Sprendemühl—Berlin unterbrochen worden.

Empfang in der Berliner Botschaft der Sowjetunion.

Die Botschafter der U. S. S. R. Krestinski und Frau hatten aus Anlaß der Anwesenheit des Volkskommissars für Erziehungswesen Lunatscharski zu einem Abendempfang in den Räumen der Botschaft geladen. In großer Zahl waren Vertreter der wirtschaftlichen, künstlerischen und politischen Kreise Berlins der Einladung Folge geleistet. Reichstagspräsident Dr. Fuchs, der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, Staatssekretär v. Schubert, Ministerialdirektor Wolfroth und Geheimrat v. Dirksen vertreten. Von der Reichswehrleitung waren Ministerialdirektor Kiep und Geheimrat Jechlin anwesend.

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.) **Im Ausschuß für Handel, Gewerbe und Verkehr des österreichisch-tschechischen Handelsvertrag** angenommen worden.

Ab Sonntag, den 29. November
sind unsere Fernsprechnummern
Amt Hasenheide 5979—5999
Verlag u. Schriftleitung der DAZ

Die Abfindung der Fürstenhäuser.

Von
Eduard Heilfron.

Die Demokratische Partei hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinanderlegung mit den früher regierenden Fürstenhäusern" eingebracht. Danach sollen die Länder ermächtigt sein, mit diesen Fürstenhäusern die Auseinandersetzung durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges zu regeln und in gleicher Weise die Entschädigung für eine etwaige Enteignung festzusetzen. Zum Verständnis dieser Vorschläge ist auf Art. 153 der Reichsverfassung zurückzugehen. Danach ist Eigentum zwar gewährleistet, eine Enteignung kann nur zum Wohl der Allgemeinheit vorgenommen werden und nur gegen angemessene Entschädigung. Die Einzelheiten können aber durch einfaches Reichsgesetz bestimmt werden, insbesondere auch der Ausschluß des Rechtsweges. Es ist also nicht etwa eine verfassungsänderndes Reichsgesetz notwendig.

Bei der juristischen Betrachtung der Abfindungsfragen wird die Entscheidung im einzelnen Fall sich sicherlich durch die Tatsache, daß man zu den verschiedenen Zeiten mit den gleichen Ausdrücken einen ganz verschiedenen Rechtsinhalt verbunden hat. Das Äußerste: lassen dieses Unfundes nimmt; 3. B. im September 1924 dem Preußischen Landtag (Drucksache 8043) zugegangenen Zeitschrift „zur Frage der Fürstenhausauseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und den vormals regierenden Königshaus" einen erheblichen Teil ihrer Beweiskraft. Das preußische Finanzministerium operierte in dieser Denkschrift mit den Begriffen „König" und „Staat" für die Zeit vor und nach den Freiheitskriegen in dem Sinne, der mit diesen Ausdrücken Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts verbunden wurde. So kam das Finanzministerium dazu, gewisse Vorschriften des Preußischen Allgemeinen Landrechts (I, 1, 14 §§ 11, 12), in denen das Eigentum an den Domänen dem Staat, die ausschließliche Benutzung dem Oberhaupt desselben zuweisen wird, zum Ausgangspunkt einer Scheidung zwischen dem dem Staat gehörenden Kammervermögen und dem Privatvermögen des königlichen Hauses zu machen. Aus diesen Vorschriften des ALR. läßt sich aber keine sichere Grundlage ableiten: denn auch unter Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm II. und jedenfalls bis zu der Kabinettsordre vom 17. Januar 1820 galt der angeblich von Ludwig XIV. aufgestellte Grundsatz „L'Etat c'est moi" in Wahrheit auch in Preußen wie in den übrigen Monarchien Deutschlands bis zur Einführung der Staatsverfassungen. Daß die oben angeführten Vorschriften des ALR. nicht den Sinn hatten, die Domänen als reines Staatseigentum auszuerkennen, ergibt gerade die Auseinandersetzungsverordnung vom 17. Januar 1820, auf der die ihrer Rechtsnatur nach besonders umstrittene Kronfideikommißrente von 2½ Millionen Talern, die Grundlage der Zivilliste, beruht. Sie stellte eine Gegenleistung dar für die Ueberlassung der bisherigen, nach dem Wert und Vermehrung in das Belieben des Königs gestellten Einkünfte aus den Domänen und ist auf die letztere bezogen. Daß aber damals das Eigentum des Staates an den Domänen in keinem Gegensatz gestanden zu seinem Eigentum an dem Privatgutsteil, so hatte man die Kronfideikommißrente über das allgemeine Eigentum hinaus zahlen müssen, nicht aber realsatirtig auf die Domänen anweisen und — wie dies bis zur erneuerten Verfassung von 1850 geschah — in deren Zonderetat als Debetposten buchen dürfen.

Die Unsicherheit der Entscheidung, welche Stücke des Gesamtvermögens reines Staatsgut und welche reines Privatgeschäft sind, erschwert die Verhandlungen. Zahlreiche Stücke aus dem Gesamtvermögen des Hauses Hohenzollern, das bei den Verhandlungen über die Abfindung der Fürstenhäuser, in zahlreiche Prozesse derwickelt wurden, die bereits bis zum Reichsgericht war, weil sie meist in der Zeit vor Einführung der Verfassungen erworben sind, in der, wie oben dargelegt, zwischen der Betätigung des Fürsten als Vertreters des Staates, als Haupt der fürstlichen Familie und als reine Privatperson nicht unterschieden wurde. Diese unsichere Situation erklärt es, daß die beiden Streitteile: der zur Republik umgeschaffene Staat und das vormalige Fürstenhaus, in zahlreiche Prozesse derwickelt wurden, die bereits bis zum Reichsgericht war, weil sie meist in der Zeit vor Einführung der Verfassungen erworben sind, in der, wie oben dargelegt, zwischen der Betätigung des Fürsten als Vertreters des Staates, als Haupt der fürstlichen Familie und als reine Privatperson nicht unterschieden wurde. Diese unsichere Situation erklärt es, daß die beiden Streitteile: der zur Republik umgeschaffene Staat und das vormalige Fürstenhaus, in zahlreiche Prozesse derwickelt wurden, die bereits bis zum Reichsgericht war, weil sie meist in der Zeit vor Einführung der Verfassungen erworben sind, in der, wie oben dargelegt, zwischen der Betätigung des Fürsten als Vertreters des Staates, als Haupt der fürstlichen Familie und als reine Privatperson nicht unterschieden wurde. Diese unsichere Situation erklärt es, daß die beiden Streit

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Die Novelle zum Mieterschutzgesetz.

Zu den Beschlüssen des Reichsrats.

Zur Erläuterung der bereits mitgeteilten Beschlüsse des Reichsrats zu der von der Regierung geplanten Änderung des Mieterschutzgesetzes ist zu bemerken:

1. Während konnte der auf Zahlungsverzug verklagte Mieter noch bis zum Erlaß des Urteils des Landgerichts, also der zweiten Instanz, sich vor den Mietwucherbestimmungen abwenden. Der Mieter hatte also die Möglichkeit, während der Dauer der beiden Instanzen, also während mehrerer Monate den Vermieter ohne jede Zahlung zu lassen und die ihm drohende Exmission in der letzten Minute noch abzuwenden. Nunmehr kann er nur bis zur Entscheidung des Mietschöffengerichts, die sehr schnell erfolgt, gelten und damit wird dem Interesse der Vermieter ein bedeutendes Entgegenkommen gezeigt.

2. Bisher konnte die Aufhebung-Klage nur auf das ganze Mietverhältnis gerichtet werden; nunmehr soll auch eine Teilaufhebung zulässig sein. Das wird besonders praktisch werden in dem Falle des § 4 des Mieterschutzgesetzes, wonach der Vermieter die Auflösung verlangen kann, wenn für ihn aus besonderen Gründen ein dringendes Interesse an der Erlangung eines Teils des Mietraums, z. B. eines einzelnen Zimmers, besteht. Nach § 4 II konnte nur das Gericht eine solche Beschränkung aussprechen, während der Vermieter immer nur auf Aufhebung des gesamten Mietverhältnisses klagen konnte.

3. Eine starke Belastung des Vermieters war die Klausel in einem Aufhebungsurteil, daß in das Zwangsvollstreckungsverfahren abänderlich sein solle, daß für den Mieter ein unter Berücksichtigung seiner Wohn- und Geschäftsbedürfnisse „angemessener Ersatzraum" gesichert ist. Diese Klausel mußte in den Fällen eingefügt werden, in denen der Vermieter die Aufhebung des Mietverhältnisses wegen des Wunsches der eigenen Benutzung der Mieträume ausgesprochen hatte; in anderen Fällen konnte das Gericht die Ersatzraumklausel einlassen. Da es nun sehr schwer möglich war, einen angemessenen Ersatzraum zu finden, blieb ein solches Urteil vielfach jahrelang unvollstreckt.

Nunmehr soll es genügen, wenn nur ein „ausreichender", wenngleich nicht „angemessener" Ersatzraum gemäßt werden kann, der Mieter kann also gegwungen werden, von seinen bisherigen Ansprüchen herunterzugehen. Bei böswilligem Verhalten des Mieters — das man z. B. darin finden könnte, daß er immer erst zahlt, wenn schon die Klage angestellt ist — kann von der Stellung eines Ersatzraums überhaupt abgesehen werden, und bei der Aufhebungsklage für Büro- und gewerbliche Räume wird überhaupt kein Ersatzraum mehr gewährt, es sei denn, daß die Zumeisung eines solchen im öffentlichen Interesse liegt.

4. Nach dem Mieterschutzgesetz ist der Untermieter gegenüber seinem Vermieter grundsätzlich ebenso geschützt wie der Hauptmieter gegenüber dem Hauswirt. Jetzt sollen die Untermietverhältnisse, also die besonders für Einzelpersonen in Betracht kommenden möblierten oder leeren Zimmer, nur dann dem Mieterschutze teilhaftig werden, wenn der Untermieter in den Räumen eine eigene Wirtschaft oder einen eigenen Haushalt führt. Das ist noch der Fall, wenn jemand Einzelzimmer mit der Berechtigung zur Kochgelegenheit mietet.

5. Nach § 32 des Mieterschutzgesetzes kommen die Mieterschutzvorschriften nicht zur Anwendung auf Mietverhältnisse über Räume in Gasthäusern usw. Auch hierbei mußte jedoch vor der Exmission ein ausreichender Ersatzraum gesichert sein. Diese obligatorische Einsetzung der Ersatzraumklausel soll fortan durch eine nur fakultative ersetzt werden.

★

Die Wichtigkeit der Novelle ist offenbar, einen Ausgleich zwischen Mieter und Vermieter in der Zwangswirtschaft. Daß die letztere nur allmählich beseitigt und die Vorschriften des BGB. über das Mietrecht sowie die freien Vereinbarungen über die Mietshöhe nur sehr vorsichtig wieder in Kraft gesetzt werden dürfen, ist ebenso wohl wieder im Vermieter- noch im Mieterkreise zu Zwecken gemacht gewesen. Das Mieterschutzgesetz soll zunächst bis zum 1. Juli 1927 verlängert werden. Inzwischen muß schon ab 1. April 1926 die Friedensmiete als gesetzliche Miete erreicht sein. Für die Mieterkreise ist es begreiflicherweise eine schwere Belastung, daß diese Erhöhung, die einmal kommen muß, so plötzlich eintreten soll. Es ist zu hoffen, daß gerade in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges vorläufig.

E. H.

Der Fall Schillings.

Protest des Bühnenpersonals.

In der Staatsakademie fand in der Nacht zum Sonnabend eine sehr stark besuchte Protestversammlung des besonders Bühnenpersonals der Staatsoper unter Leitung des Betriebsrätevorsitzenden Herrn Kammann statt, die sich mit dem Fall des Intendanten Schillings beschäftigte.

Das Hauptreferat hielt Dr. Haenfel, der Rechtsanwalt von Schillings Rechtsvertreter. Wie die „Telegraphen-Union" berichtet, wies er einleitend auf die einstimmige Wahl v. Schillings im Jahre 1919 hin und auf das Vertrauen, das dieser allseitig während fast mehr als fünfjährigen Tätigkeit gezeigt habe. Ein Band des gesamten Aktenmaterials, sowohl der Intendantur wie auch des preußischen Kultusministeriums, habe dann kritisch die Vorgänge, die mit der aufsehenerregenden fristlosen Entlassung des Herrn v. Schillings geführt, zu Ungunsten des Intendanten gedreht. Gegen Vorbereitung der Vorwürfe des Kultusministers Dr. Becker, die dieser in der Pressekonferenz am Freitag nachmittag zusammengestellt in der Leffentlichkeit erhoben hatte, und des aktenmäßigen Materials der Intendantur suchte er sachlich Punkt für Punkt den Zatbestand zu klären. Dem Vertrauensmann Barbara Kemp, der Gattin des Intendanten, stellte er fest, daß v. Schillings sich in dieser preßkonferenz gewendet habe, den Vertrag persönlich abzuschließen, das habe dieselbe der Verwaltungsdirektor Hartmann übernommen. Die Zeitung des Kultusministers in seinem Schreiben an den Intendanten für alle Schaden haftbar mache, er aus der einzigen Möglichkeit, sich zu rechtfertigen, erregte in der Versammlung stürmische Heiterkeit, ebenso die Feststellung des Ministers, der Intendant habe sich eines „unangewöhnlichen Tones" bedient, sowie die ministerielle Erklärung, daß der Hinweis Schillings auf die Verwendbarkeit einer ähnlichen Auslage des Ministerialdirektors Nentwig eine „grobe Unschicklichkeit" sei. Schillings hatte nämlich erklärt, Nentwig habe unterlassen, die jährlich der Gegenaufbesserungen gemacht, daß Ministerium habe sie jedoch nicht gehalten. Neben Nentwig wird auf die Verantwortlichkeit eines Chefs hatte Herr v. Schillings in dem gleichen Brief erklärt, jener Mensch könne treu, auch Beamte. Diese Anspielung entdeckt nicht einen gewissen Neigen, da sich tatsächlich Ministerialdirektor Nentwig einmal in sehr peinlicher Weise geirrt hatte. Nachdem nämlich die Verlängerung des Vertrages mit Herrn v. Schillings schon längst unterschrieben worden war, hatte Herr Nentwig dem Intendanten in dessen Ferienaufenthalt einen Brief geschrieben, in dem er sein Bedauern darüber aussprach, daß Herrn v. Schillings Vertrag nicht verlängert worden sei. Nach seinem Urlaub brachte v. Schillings diesen merkwürdigen Brief gleich beim zuständigen Minister Boelitz zur Sprache, und Herr Nentwig erklärte dann sehr bald dem Intendanten, und sich für diesen bedauerlichen Irrtum zu entschuldigen.

Sensationell wirkte die Feststellung des Referenten, daß sich der Fall des holländischen Gastspiels genau umgekehrt entwickelt habe, wie es der Minister in seinen Memoiren darstellt habe: Nicht der Verwaltungsdirektor Hartmann habe einen Anteil aus dem Gewinn abgetreten, sondern der Intendant habe das an den Anstoß für Herrn Winter vorgesehenen Betrag von 3000 M geteilten, während Winter vorher Herrn v. Schillings geboten habe, ihn in Anbetracht seiner auffrischungsbedürftigen Einkünfte unter derselben Bedingungen wie bei dem norwegischen Gastspiel mitzuverdienen. Erst nach Streichung des zweiten Drittels der v. Schillings eingesetzten Betrages von 3000 M sei dann Herr Winter krank geworden.

Zu den Vorwürfen, die der Minister Wallauer unter der Leitung v. Schillings künstlerisch und finanziell ruiniert zu werden drohe, wurde darauf hingewiesen, daß der Etat von Ende des zweiten Jahres 1 Millionen Mark Zuschuß gegeben worden seien, heute aber für vier Theater nur zwei Millionen. Heute brauche auch das Staatstheater ein Drittel des Etats, die Berliner Staatstheater eingesehen Zuschusses, die Oper zwei Drittel, während im Frieden das Schauspiel selbstverständlich ein und auf das Kultusministerium, das sich nach gehaltene Anerkennungsschreiben des Ministers Boelitz an Herrn v. Schillings sich „Armut" zu nennen wolen sei. Der Brief, der im Wortlaut verlesen wurde, bisterkläl allerdings den Entwurf einer aus politischen Gegen kommenden Anerkennung und wünschter Gewährsäen für die Leistungen des Intendanten v. Schillings.

Die Hauptangriffe in der Versammlung richteten sich jedoch immer gegen den Minister selbst, als gegen Ministerialdirektor Nentwig und seine beiden Dirigenten Dr. Gerlach und Kestenberg, während der Minister ansehnend selbst nicht wisse, von welcher Atmosphäre er beeinflußt sei. Nach Ansicht des Herrn Kammann, wird darauf hin, daß Nentwig als Referent für das Theaterwesen im Kultusministerium nebenbei die ministerielle im Aufsichtsrat der Städtischen Oper Charlottenburg, also eines Konkurrenzunternehmens, für den Schluß der Versammlung was gegen den Präsident der Bühnenangestellten, Wallauer, auf die privilegierte Bedeutung des Volkes bin, bei dem es sich daraus handelte, ob ein Künstler vom Range Schillings, an dem herrschenden System und an der Bürokratie zu Kall kommen würde. Minister Becker selbst Frau ermöglicht solche Briefe, wie er sie an Herrn v. Schillings gerichtet habe, geschrieben haben.

In später Nachtstunde wurde einmütig und mit großem Beifall folgende, von Wallauer formulierte

Entschließung

angenommen:

„Die Versammlung hat an Hand der Aktenmaterials die Ursachen der Meinungsäußerung, die zur Entlassung des Intendanten v. Schillings geführt haben. Sie kann keinen berechtigten Grund für die fristlose Entlassung finden. In dem Angriff des Intendanten gegen den Minister Becker sieht das gesamte Personal hinter ihm."

Der Fall vor dem Parlament.

Die deutschnationale Fraktion hat im Landtag wegen des Falles des Intendanten Schillings einen Mißtrauensantrag gegen den preußischen Kultusminister Becker gestellt.

Der Minister Becker hat für Montag den Kultusausschuß des Landtags zu einer Besprechung des Falles geladen.

★

v. Schillings nach der gegen ihn ausgesprochenen fristlosen Entlassung meldet, daß Herr Winter sich bereit erklärt, ihm die Rechte seine Demission eingereicht hat. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, ist diese Nachricht völlig unzutreffend.

Wirtschaft und Beamtengehälter.

Eine Erklärung von Dr. Meissinger.

Wir haben uns kürzlich (in Nr. 555 der „MA." v. 25. 11.) über eine Meldung einer Beamtenkorrespondenz beschäftigt, nach der der Geschäftsführer der Vereinigung der neuen Beamtenverbände die Stellungnahme der Arbeiterschaft zu einer neuen Beamtengehaltserhöhung kurz umrissen hat. Dr. Meissinger teilt nun mit, daß er eine Erklärung des Inhalts, wie sie die Korrespondenz gedracht hat, nicht abgegeben hat und veröffentlicht in der letzten Nummer der gleichen Beamtenkorrespondenz eine Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

„Wenn die Notiz den Zweck verfolgt, die mitleiten und unteren Beamten bezüglich aufzuklären, daß das Reichsfinanzministerium nicht gewillt ist, Druck der Privatwirtschaft und der Arbeiterbewegung beschäftigt, so habe ich nichts gegen die Eingaben. Ich wiederhole, was ich Ihnen schon mündlich sagte, daß ein solcher Druck nie bestanden hat und möglichst die Unabhängigkeit der Rechtsfindung im Reichsfinanzministerium nie gelitten kann. Ich wiederhole ferner, daß für die Privatwirtschaft die Begrenzung der Bedarfsfinanzen der öffentlichen Etats und der vorhandenen Mittel ist. Wenn eine Erhöhung der Beamtengehälter eine Erhöhung der Gestehungskosten und damit zu einer Verminderung der öffentlichen Lasten führt, die wieder von der Privatwirtschaft aufgebracht werden müssen, so würde u. E. den Beamten ein Schaden zugefügt, die sich gerade in der Produktion wie in der Preisgestaltung nur noch begrenzten würden

Unpolitische Tagesschau.

Berlin den 28. November 1925

Juristerei und Medizin.

Die Frage des lebensunwerten Lebens.

Eine Versammlung von Aerzten und Rechtsgelehrten im Langenbeck-Virchow-Haus führte eine Diskussion fort, die auf dem diesjährigen Leipziger Aerztetage begonnen wurde und dort großen Aufsehen hervorgerufen hat. Es handelte sich dabei um die Frage der ärztlichen Unterbrechung der Schwangerschaft aus ihre heilsamliche Handlung, worüber in Leipzig der Berliner Arzt Dr. Max Hirsch zu Ehren kam ein viel beachtetes Referat gehalten hatte. Dieser Fall ist, wie der ärztliche Referent des Abends, Dr. Max Hirsch, ausführte, dem zurzeit gültigen Strafgesetze nicht vorgesehen; die Entfernung der Leibesfrucht ist verboten und wird mit schweren Strafen belegt. Wenn aber der Eingriff ärztlicherseits als Heilverfahren zur Rettung der Mutter vorgenommen wird, muß juristisch zur Beurteilung ganz verschiedenes folgen der Notlandsparagraph herangezogen werden. Dieser Ausweg ist in mancher Hinsicht wenig befriedigend und hat dahin geführt, daß in einem Teil der Aerztschaft das Bedürfnis nach genauer gesetzlicher Festlegung des Falls, in denen die Operation erlaubt sein soll, wachgerufen worden ist. Dazu kommt aber heute noch ein ganz neuer Gesichtspunkt, nämlich die Frage nach der Ausscheidung „lebensunwerten", d. h. durch Vererbung mit Krankheit oder Minderwertigkeit behafteten Geschlechts belasteten Lebens. Die Referenten dieser Richtung, die erst durch die großartige neuerliche Gestaltung der Vererbungswissenschaft entstehen konnte, verlangen nachdrücklich die Aufnahme dieser „eugenischen Indikation" in das einzubringende Gesetz.

Sanitätsrat Dr. Max Hirsch, ein bekannter Berliner Frauenarzt, entwickelte in hervorragender Rede die verschiedenen Fälle, in denen dieser eugenische Gesichtspunkt eine Rolle zu spielen habe; es sind das eine Reihe von — übrigens nicht sehr häufigen — Krankheiten, deren sicherer Vererbungsmodus wissenschaftlich nach seiner Meinung mit Sicherheit festgestellt worden ist. Es gehört dazu z. B. die mit Blindheit verbundene angeborene Idiotie, Taubstummheit, Epilepsie und einige andere. An der Hand von Statistiken wurde ferner eine aus Kriegszeit als besonders interessant auffiel, suchte er die relative Unzulässigkeit der Operation darzutun, wenn sie in öffentlichen Anstalten und genau nach der Regel der ärztlichen Kunst von den Aerzten ausgeführt wird. Das ist in Rußland der Fall. Die von ihm vorgeschlagene Gesetzesfassung ist sehr unbestimmt, und enthält keinerlei Einzelindikation, sondern überläßt nur von den Regeln der Wissenschaft und dem Belieben des Einzelstraffrei sein soll, wenn er mit Einwilligung der Mutter vom Arzt ausgeführt wird.

Der zweite Medizinalsachverständige Geheimrat Professor Dr. Kahl, der als Vorsitzender der Strafrechtskommission im Reichstag die Materie bearbeitet, wäßrig und verneinte den hohen Wert der Vererbungswissenschaft, den seinen vorherigen Vertreter mehr er anerkannte, die Berechtigung der eugenischen Indikation aus ihrem Bestande sei jedoch zweifelhaft. Einmal scheinen ihm viele Krankheiten doch noch nicht genügend erforscht; nähen sie es aber, dann müßte auch ihnen eine Pflicht zum allgemeinen Verzicht erwachsen, würde nicht sich der einzelne willkürlich herausgreifen Fall von artsiffern Aerzten exekutiert werden. Sache des Staates sei es, zu entscheiden, wann das Gesetz unlösbare ärztlich-sachliche Ergebnisse in seinen Bestand ist wirksam und wohlgehend aufnimmen habe. Kahle Verschlag einer gesetzlichen Regelung ist, im Gegensatz zu dem von Hirsch scharf gefaßt, und enthält eine ganz bestimmte Indikation, nämlich die Sterilisation bei unerlaubten Fällen, das vom Staat als ein höherer Rechtsgut bewertet werden müsse, als das Kind. Die besonderen Indikationen brachte noch eine Fülle verschiedenartiger Anregungen

Dr. Richard Wolf.

Das amerikanische Danksagungsfest.

Der amerikanische Danksagungstag, der allsährlich überall, wo Amerikaner sich aufhalten, am letzten November-Donnerstag gefeiert wird, wurde, wie schon gestern berichtet, im Hotel Esplanade feierlich begangen. Dieses Familienfest der Amerikaner, das sie gewöhnlich unter sich bestehen, gestaltete durch die schon im gestrigen Abendblatt wiedergegebenen friedensfreundliche Rede des amerikanischen Botschafters Schurmann, der ebenso wie der amerikanische Generalkonsul, der Präsident der amerikanischen Handelskammer und andere Gäste, ihrem Ton ein Hirsch scharf gefaßt, und enthielt eine ganz bestimmte Indikation, nämlich die Sterilisation unerlaubten Fällen, das vom Staat als ein höherer Rechtsgut bewertet werden müsse, als das Kind. Die besonderen Indikationen brachte noch eine Fülle verschiedenartiger Anregungen

Dr. Richard Wolf.

Das amerikanische Danksagungsfest.

Der amerikanische Danksagungstag, der allsährlich überall, wo Amerikaner sich aufhalten, am letzten November-Donnerstag gefeiert wird, wurde, wie schon gestern berichtet, im Hotel Esplanade feierlich begangen. Dieses Familienfest der Amerikaner, das sie gewöhnlich unter sich bestehen, gestaltete durch die schon im gestrigen Abendblatt wiedergegebene friedensfreundliche Rede des amerikanischen Botschafters Schurmann, der ebenso wie der amerikanische Generalkonsul, der Präsident der amerikanischen Handelskammer und andere Gäste, ihrem Ton ein Hirsch scharf gefaßt, und enthält eine ganz bestimmte Indikation, nämlich die Sterilisation unerlaubten Fällen, das vom Staat als ein höherer Rechtsgut bewertet werden müsse, als das Kind.

Der Unfug der kalten Füße.

Im Mai hatten wir die deutsche Strohhutwoche. Es war ein Propagandafeldzug für die Butterblume mit dem Kommando: „Trägt mehr Strohhüte!" Am 30. November wird sozusagen der Gegenpol der Strohhutwoche entdeckt; da beginnt die „Hausschuh-Woche". Ein Propagandafeldzug ohne Blumen! Es gibt einen kühlen Kopf gehören warme Füße! Kunst wohl, geführte Hausschuhe ein! In den Schaufenstern der Schuhläden erstrahlen bereits Tand und Chorzeug . . . Pils und Kamelhaar paradieren. Die Wärme ausströmen. Die Psychologie des Hausschuhs ist noch nicht erschrieben. Sie ist irgendwie der Pfuhlsteine des Gemütslebens verwandt. Trägt man Hausschuhe im Zimmer? Man sieht sie an, wenn man das Haus verläßt. Sie scheiden sich plötzlich unsere Füße und die Welt — Sie gehen einen Trennungsstrich, sie entfernen eine zu große Vertraulichkeit. Sie stoßen . . . Wenn wir wieder nach Hause kommen, dann wir die Zöllerung auf. Wer den Hausschuh — zwischen dem Dahrin und und dabei es keiner trennenden Ueberhaut. Darum sieht der Hausschuh nach Zuhausefeinen, sobald er nach Hause zurückkehrt, auch den Straßenschuh aus und den Hausschuh an.

Aber was machen sich die Leute aus phänomenalosten Dingen. Sie lassen sich an ehrlichen von der sympathen Propaganda engreifen — sie wollen bei der Briefstasche oder beim Geldsack pocken. Wer Ihnen vorrede, daß man bei den Hausschuh zum Millionär werden kann, der hat die Ohr! Wer keinen Hausschuh trägt, muß sterben — solcher Verdacht würde sich aufdrängen sein. So hört denn: mit kalten Füßen kann die Welt nicht gesunden, glücklicher, schöner und reicher werden. Man glaubt nicht, wieviel Kälte sich der Mensch um das Haupt wehen lassen kann — und wie wenig Kälte seine Fußsohle verträgt. Ein Mensch mit warmen Füßen kommt zu keinem Herz haben. Die bösen Gedanken kommen immer aus den kalten Füßen. Der aufgeklärte Hausschuh

Die Winterveranstaltungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland.

Auch in diesem Jahre rufen der Landesverband Berlin-Brandenburg der Frauenorganisatorgruppe Berlin des Vereins für das Deutschtum im Ausland alle Freunde der auslandsdeutschen Kulturarbeit wieder zu den Veranstaltungen. Der Landesverband lädt zu einem Gesellschaftsabend am Mittwoch, den 2. Dezember, 7½ Uhr, in den Gesellschaftsräumen des Zoos ein. Als Mitwirkende sind zu nennen: Gertrud Bindernagel (Gesangs), Eduard Kandl (Gitarr. Oper), Justus Klamt mit ihrer Tanzgruppe, Ruth Marcus (Sprachsoper), Wolfe Fingerhut u. a. m. Tanzmusik Bernelle Jens. Eintritt 1 Mark. Tischplätze und obere Logenplätze im Marmorsaal 8 Mark, untere Logenplätze 12 Mark. Die Frauenortsgruppe lädt zu einem Gesellschaftsabend im Hotel Esplanade am Montag, den 7 Dezember, abends 8 Uhr, der unter dem Protektorat des Frau Meier v. Bindernagel steht. Aus dem Programm ist zu erwähnen: 9 Uhr landliche Hochzeitsfeier in Südtirol. Gäste aus den abgetrennten Gebiete und aus besetzten Gebieten sind geladen. Empfang und Tanz im Hause der Braut. Festzug, erdacht und gestellt von Frau Käthe Hofmeister, Tanzspiele Frau Elsa Karten unter Mitwirkung von 8 Mark inkl. Steuer. Karten zu beiden Veranstaltungen sind erhältlich in der Hauptgeschäftsstelle des DSA, Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 105, sowie an der Abendkasse.

Droschenräder für „Einspänner".

Sechzehn Droschken-Fuhrwerke sind jetzt von der Verkehrsstelle des Polizeipräsidiums Charlottenburg für den öffentlichen Verkehr zugelassen worden. Die neuen Taxi bestehen aus einem Motorrad mit geschlossenem Beiwagen für eine Person. Der Führer sitzt draußen in der frischen Luft auf einem Sitz, während sich der Fahrgast in dem kleinen „Kreil" aufrichtet. Die Gefährte sind leicht als Wiesbroschüren zu erkennen, da ihre eigenartige Form schon von weitem auffällt. Außerdem sind sie durch grelle Farbe und farbiertes Stroh gekennzeichnet. Vorläufig sind nach noch sehr wenige in dem neuen Verkehrsmittel vorhanden, mit der Zeit werden sie aber sich zu einem gewissen Beliebtheit gelangen, da man bei starkem Verkehr in der Innenstadt sicher über größere Geschwindigkeit ein schnelleres Fortkommen hat. — Der billigere Taxi wird ebenfalls seine Anziehungskraft ausüben.

Der Reichsklub der Deutschen Volkspartei, Berlin NW. 7, in den Zelten 21, veranstaltet am Mittwoch, den 2. Dezember, 8.15 abends, einen Parlamentarischen Abend „Locarno, Völkerbund und Europäische Wirtschaftspolitik". Redner Syndikus Dr. Rudolf Schneider, M. d. R.

„Blau – Weiß."

Propagandafestim Esplanade.

Als man sich den Portalen des Hotels Esplanade näherte, erinnerte man an den Zweck: „Schon wieder ein Lennisball und sicherlich dieselben Leute . . ." Aber es kam anders. Beim Eintreten der Garderobe man man erfassen, daß der Hochflut der Blue Leiten solchen Kindung an sich. Es ist ein sehr hübsches, junges Mädchen in weißer Perücke (nur die Perücke bestehen, denn sie fasset vergnügtest: „Wer sich ich Ihn unter spätsommerlichen Leuten wiederfinden?"

Tausend Gäste und ihre Mitglieder bei dem Werbeball eines neuerer bekannteren Tennis-Klubs, der in großzügiger Weise eine herrliche Neuanlage zu schaffen gewillt ist. Kurz nach dem Eingang leuchtet von weitem eine überaus Erscheinung des großen Proteste, das außer einem entzückenden Klubhaus 16 vorbildliche offene und zwei — ach so notwendige — Wettterschutzhäuser bietet.

Ein erfahrenswertes Unternehmen, dem hoffentlich von allen Seiten größte Unterstützung zuteil wird!

★

Der Arbeitsausschuß, der geladen hatte, konnte mit dem Verlauf des Abends zufrieden sein. Seine Mitglieder Frau v. Adloff, Frau Brunn, Frau Gumprecht, Frau v. Hartmann, Frau v. Moers, Frau Ch. Krohne, Prinzessin Arzy (Schönburg-Waldenburg), Frau Artlaff, Frau Ralph-Roberts, Prinz Louis-Ferdinand v. Preußen, Frau Prinz Wilson, Fr. Graf, Herr Mannstedt und nicht zuletzt Herr Zehrmann, waren in den dicht gedrängten Sälen verteilt und nahmen der bis in die späte Stunde Neuhinzukommenden freundlichst an, während Otto und die Kapelle von Georg die unermüdlich Tanzenden von einem Saal in den anderen leiteten.

★

Lauter Ueberraschungen! Die kleine improvisierte Bar, die mehr als wiederersprechenden Getränke, beseitigtlustige und gar nicht lange Zeit in Anspruch nehmenden Photographien und der allem die Tombola! Ein kleines Warenhaus — nichts, was nicht gab! Angelangen beim Radio, überreichen zu Einzelgewinnen endigend bei Rähfäden. Man konnte nicht vorübergehen, ohnehin man sich vor Losen sonst leicht zu drücken pflegt, ohne daß man bereitwilligen Händen der zahlreichen Frau Ralph-Roberts und Frau Mannstedt schließenzeugen Losen dankbarst an — doch. Gott sei Dank, nicht alles können Kleinen sein! Wer wird der Glückliche werden, der auf der gewinnenden „Mittelmeerfahrt" den sizilianischen „Krabs" von den „blau-weißen" Kollegen erzählen darf?? Um 1 war es immer noch nicht bekannt . . .

Man trat Vertreter der Stadt und Behörden, Sportfreunde, Mitglieder der Gesellschaft, Kämpfer, Ehre sah Bürgermeister Dr. Scholz, Stadtrat Weyl, Prof. Dr. Breda, Direktor Dr. Häusler, Reichstagsabgeordneten Mittelstand, Frau Artlaff, Frau Hutt, Prinz Bentheim und von Bereundeten Klubs Rotar Sprenkmann, Dr. Boeßing, H. Windels, Dr. Schwarzmann, Dr. Reikoff. Kostbarste Kleider, die leider in dem Gedränge nur wenig zur Geltung kamen, Brokatrocke und Seide auf die Schleier Pelzen, Seidenmann als Propagandachef der Theater, das hieße endlich ausbersuche Häuser!

P. v. R.

Diplomaten auf der Automobilausstellung.

Nahezu 200 Mitglieder des diplomatischen und konsularischen Korps in Berlin haben sich am Freitag in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm eingefunden, wo sie vom Staatssekretär und Hauptmann Mitter und vom Leiter der Ausstellungsleitung und von Direktor Mächler vom diplomatischen Korps empfangen wurden. Nach einer kurzen Begrüßungsrede des geschäftsführenden Verbandsmitgliedes des Reichsverbandes, Dr. Sperling, erhielten die Teilnehmer der Ausstellung unter Führung hervorragender Kenner dieses größten deutschen Industrieereignis. Die in jeder Hinsicht vollkommene Ausstellung, die größte größer Industrie in Europa, sind die uneingeschränkte Anerkennung und volle Bewunderung der Besucher.

Berliner Schachmeisterschaft.

In der fünften Gruppe der Cronzino feine Hängepartie aus der Partie Ahrens gegen Krusius aufgegeben. Der Kampf in der ersten Gruppe blieben sich zu zwei Sieger Adler—Dr. Prober ausspinnen, denn Grammatikoff mußte in der zweiten Runde durch Sieg über den überraschenden Neuling hinnehmen. Dagegen schlugen Adler den jungen Hohenlese und Dr. Prober den sich französisch verteidigenden Gleichmann. Adler erzwang einen schnellen Sieg über den anziehenden Punkte. Die Partie Dahl—Dr. Schwarz schmeckt in günstiger Stellung für den Führer der weißen Steine. In der zweiten Gruppe errangen B. Koch, Helling und Landmann ihre zweiten Gewinnpunkte. Steinert, Gumprecht und Seeger waren hier die Leidtragenden. Müller wird die Ehre seiner Partie gegen Willert verteidigen. Warner trat gegen Grondel nicht an.

Der Prenzlauer Mordprozeß.

rz. Prenzlau, 27. 11. (Eigenbericht)

Im Laufe der Zeugenvernehmung wurde Herrmann mitgeteilt, daß der Personen der beiden angeklagten näheren Mitteilungen gemacht. Frau Peters, die Schwester des ersten Ehemanns, schilderte die Beziehungen Herrmanns gegenüber seiner Frau. Die Kneefkante trug sich eben Ende August vorigen Jahres mit der Absicht, sich von ihrem Manne scheiden zu lassen. Der Hauptlehrerin Gertrude Salomon hat Frau Herrmann gesagt, sie wünsche heimlich, daß ihr Mann einmal ist nach Hause gebracht würde. Trotzdem glaube sich die Kneefkante am Morgen nach der Umgebung ganz verzweifelt und eine fortwährend den Namen ihres Mannes. Sie gab weinend zum Ausdruck, daß ihr Mann ihr entreißen und ihr Tod nicht verdient habe. Der Landwirt Hoyer aus Brüh hat der Kneefkanten den Rat gegeben, sie solle ihren Mann doch einfach erschießen, wenn er sich zu weit herausnähme. Das frühere Dienstmädchen Gertrude Schulz aus Prenzlau bestätigte berichtete eingehend, wie man im Dorf allgemein darüber sprachen habe, daß Frau Herrmann von Gutsverwalter Markert dauernd nachlaufe. Ein Reisenmitkameraden von Markert entwarf ein genaueres Bild des Kneefkanten. Im Jahre 1908 habe Markert einen Unfall erlitten, der ihn bei Kinder fuhr ein Gleis öfters in Dämmerzustanden. Die Anschätzungen mußten es nicht mehr, daß er mit ihm andauernd follen, und ihn seine Lebensfunktion aufsaugen. Der Gutsbesitz, Ehemann zu werden, hat ihm anfangs sehr gefreut, Widerstand hat man in ihm gestützt, daß er sich doch bestehen, ohne Kinder Kapelle von Georg die unermüdlich Tanzenden von einem Saal in den anderen leiten.

Glockenweihe.

In der Thomaskirche am Moritzmonplatz wird am Sonntag, dem 29. Advent, 10 Uhr vormittags Glockenweihe erfolgen. Herr Baurat Brandt die Festredner; die Weihe vollzieht Generalsuperintendent D. Burgbart. Das Geläut ist nicht bei der Glockenweihe von Gebrüder Gebrüder Ulrich aus Ravensburg, das größte Glockengeläute Berlins. Die größte Glocke wiegt allein 4000 Kilogramm; das Gesamtgewicht des Geläutes beträgt 11 000 Kilogramm. Zum Abschluß des Festtages wird abends 8 Uhr in der Kirche ein Konzert Lob von der Glocke, Musik von Romberg, aufgeführt.

Wegen seines Hundes erschossen.

In der Nacht zum Sonnabend befand sich vor dem Hause Holsteinische Straße 3 in Wilmersdorf der Rentner Gustav Müller mit seinem Hunde, als drei unbekannte Männer an ihn herantraten. Der Hund fletschte und knurrte die Leute an. Darüber kam es zu einem Wortwechsel und zu einer Schlägerei, als Viel den Hund mit einer Pistole und verletzte Viel durch einen Kniefschuß so schwer, daß er zusammenbrach. Die herbeigerufene Lebensschutzmannin brachte ihn mit Hilfe der Rettungsmacht nach dem Krankenhaus in der Achenbach-Straße, wo er bald seinen Verletzungen erlag. Die Täter konnten davongetragen hat, in seiner Wohnung. Hauptsol. Der verhängnisvollen Schuß abgegeben haben.

Das Volksbildungsamt Berlin-Treptow veranstaltet vom 29. November bis 7. Dezember im Rathause zu Treptow, Neue Krug-Allee 1—3, eine Kunstausstellung und Kunstmesse. Die Ausstellung findet am Sonntag, den 29. November, vormittags 11 Uhr, im Rathaussaal statt.

★

Zu dem Tee des Vereins Berliner Journalisten, der gestern bei der Witwen- und Waisenkasse am Sonntag, 29. 9. M., vormittags 4½ Uhr, im Bankettsaal des Zoologischen Gartens stattfinden wurden. Nach einer kurzen Begrüßungsrede des geschäftsführenden Verbandsmitgliedes des Reichsverbandes, Dr. Sperling, erhielten die Teilnehmer der Ausstellung unter Führung hervorragender Kenner dieses größten deutschen Industrieereignis. Die in jeder Hinsicht vollkommene Ausstellung, die größte größer Industrie in Europa, sind die uneingeschränkte Anerkennung und volle Bewunderung der Besucher.

Berliner Schachmeisterschaft.

In der fünften Gruppe der Cronzino feine Hängepartie aus der Partie Ahrens gegen Krusius aufgegeben. Der Kampf in der ersten Gruppe blieben sich zu zwei Sieger Adler—Dr. Prober auspinnen, denn Grammatikoff mußte in der zweiten Runde durch Sieg über den überraschenden Neuling hinnehmen. Dagegen schlugen Adler den jungen Hohenlese und Dr. Prober den sich französisch verteidigenden Gleichmann. Adler erzwang einen schnellen Sieg über den anziehenden Punkte. Die Partie Dahl—Dr. Schwarz schmeckt in günstiger Stellung für den Führer der weißen Steine. In der zweiten Gruppe errangen B. Koch, Helling und Landmann ihre zweiten Gewinnpunkte. Steinert, Gumprecht und Seeger waren hier die Leidtragenden. Müller wird die Ehre seiner Partie gegen Willert verteidigen. Warner trat gegen Grondel nicht an.

Der Prenzlauer Mordprozeß.

rz. Prenzlau, 27. 11. (Eigenbericht)

Im Laufe der Zeugenvernehmung wurde Herrmann mitgeteilt, daß der Personen der beiden angeklagten näheren Mitteilungen gemacht. Frau Peters, die Schwester des ersten Ehemanns, schilderte die Beziehungen Herrmanns gegenüber seiner Frau. Die Kneefkante trug sich eben Ende August vorigen Jahres mit der Absicht, sich von ihrem Manne scheiden zu lassen. Der Hauptlehrerin Gertrude Salomon hat Frau Herrmann gesagt, sie wünsche heimlich, daß ihr Mann einmal ist nach Hause gebracht würde. Trotzdem glaube sich die Kneefkante am Morgen nach der Umgebung ganz verzweifelt und eine fortwährend den Namen ihres Mannes. Sie gab weinend zum Ausdruck, daß ihr Mann ihr entreißen und ihr Tod nicht verdient habe. Der Landwirt Hoyer aus Brüh hat der Kneefkanten den Rat gegeben, sie solle ihren Mann doch einfach erschießen, wenn er sich zu weit herausnähme. Das frühere Dienstmädchen Gertrude Schulz aus Prenzlau bestätigte berichtete eingehend, wie man im Dorf allgemein darüber sprachen habe, daß Frau Herrmann von Gutsverwalter Markert dauernd nachlaufe. Ein Reisenmitkameraden von Markert entwarf ein genaueres Bild des Kneefkanten. Im Jahre 1908 habe Markert einen Unfall erlitten, der ihn bei Kinder fuhr ein Gleis öfters in Dämmerzuständen. Die Anschätzungen mußten es nicht mehr, daß er mit ihm andauernd follen, und ihn seine Lebensfunktion aufsaugen. Der Gutsbesitz, Ehemann zu werden, hat ihm anfangs sehr gefreut, Widerstand hat man in ihm gestützt, daß er sich doch bestehen, ohne Kinder Kapelle von Georg die unermüdlich Tanzenden von einem Saal in den anderen leiten.

Theater-Spielplan

28. November.

Opernhaus. (Pl.) 7 Carmen	**Kleines Theater.** × Die Atomstadt.	
Opernhaus, Kgspl. (Pl.) 7½ Zielscheiben und Sonnenuhr	**Berliner Theater.** Gastspiel des Wiener Volkstheaters: × Antonia	
Schiller-Theater Charlottenburg Bismarckstr. 34.37 Sonnabend, 28 11., 7½ Uhr: Faust.	**Th. in der Komödienstraße.** 8½ Aufführungen. × Komödie von Tessau.	
Schauspielhaus. 7½ Jenny Mars (17.11.) × Faust II. Teil.	**Residenz-Theater.** 8½ Schwesternschen. × Durch Schuld.	
Schiller-Theater. 8½ Hummelstöckchen. × Kaprin 10. Abonnds 2 c.	**Schloßpark-Th. Steglitz.** Letzter Akt	
Deutsch. Theater. × Der Friedensfest.	**Thalia-Theater.** 8½ Hans und Grete. × Kommerzrat.	
Kammerspiele. × Aufführung demnächst.	**Central-Theater.** × Die Schlacht.	
Die Komödie. × Verschollen.	**Theater am Nollendorfplatz.** × Der Weg nach Tilsit. × Der letzte Ruth.	
Theat. d. Westens.	**Volksbühne.** × Zum Cuckuck.	
Lessing-Theater. 7½ Der junge Kar (L'Aiglon)	**Wallner-Theater.** × Faden.	
Theater in der Königgrätzerstraße. Zurzeit in Wiedbaden.	**Th. i. d. Klosterstr.** (Gerichtstheater) 8½ Bäumgarten. Raffle. Schlesischer Bauernsch. × Der Gefreite.	
Tribüne. × Gewitter IV	**Rose-Theater.** × Frau Holle.	
Theater am Kurfürstendamm. × Sklaven	**Lustspielhaus.** 8 Potsdg und Berlinmäder 11. Teil	**Berliner Theater.** × Stadt Form mit Pl.
Theat. am Schiffbauerdamm. 7½ Die Zerstörer.	**Hermfeld-Theat.** × Stadt Form mit Pl.	
Komödienhaus. × Die Ehe.	**Hater-Revue.** Theaterein Admiralspalast 8½ Nur Purzeln trennen. Ruhe Ruhe Ruhe 9½ A.	
Metropol-Theat. × No no Nanette!	**Gr. Schauspielhs.** 8½ Jungfrauenmamsell Weib × Rotmantel.	
Renaissance-Th. 8½ Wunderkinderkomödie.	**Komische Oper.** Nur 8. Juli.	
Trianon-Theater. × Sechsundsechs.	**Nelson-Theater.** × Neuer Conferenz.	

Konzerte

28. November.

Beethoven-Saal. × Margarete Arbter und Michael Raucheisen, Hugo Wolf-Abend.	**Singakademie.** × Maja Garbatowa, Kellersland	
Blüthner-Saal. × Grete Grafenhain, Werner und Lieberwirth.	**Bechstein-Saal.** 8 Bach-Feier der Freunde alter Musik.	

Film-Spielplan

28. November.

Alhambra. 6½ u. 9 Hölle, ich bin Millionär.	**U. T. Königstadt.** 5, 7 u. 9 Der dumme Aufträger.	
Kammerlichtspl. (Potsd. Platz). 5, 7 u. 9 Tod des einzigen der alten Mamlek.	**U. T. Kurfürstendamm.** 5, 7 u. 9 Gräfin Marina.	
Marmorhaus. 7 u. 9½ Die Zwillingsschwester.	**U. T. Mozartsaal.** 5, 7 u. 9 Zu rote Lilie.	
Richard-Oswald-Lichtspiele. 5, 7 u. 9 Der dumme Aufträger.	**U. T. Turmstr.** 7 u. 9 Der dumme Aufträger.	
U. T. Tauentzienstrasse. 5, 7 u. 9 Der dumme Aufträger.	**U. T. Nollendorfplatz.** 5, 7 u. 9 Der Mann ohne Gewissen.	

Rattenkampftag
vom 11. bis 13. Dezember.
Sachgem. Auslegen v. Rattengift sowie Desinfektion sämtlich. Ungeziefers übernimmt
A. Wühst, gepr. Kammerjäger, Steglitz, Filandastr. 6. Stegl. 201.

SCALA 8 Uhr Internat. **VARIETE**
Sonntags 5½ u. vormittags Preisen 6 volle Prog.

WINTER GARTEN November-Sensationen! auf allen Gebieten der **Internationalen Varietekunst.**
Sonntags nachm. 4½ Uhr: 2 Vorst. Preise
Rauchen gestattet.

Blasen-, Harnleiden (Harnsäure), Arterienverkalkung
Echt. Emmentaler, Tafel- Blumenkäse
STAATL. FACHINGEN Natürliches Mineralwasser
Zu Haustrinkkuren
Erhältlich in Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften sowie bei der Versandstelle d. Staatsquellen Fachingen u. Niederwerbe a. Aar: Lützow 6280 u. 6261 Brunnenverwaltung des Fachinger Sauerbrunnens Berlin W 66, Wilhelmstrasse 55.

350 Jahre 1575 1925
Winter-Tafelöpfel
alle Sorten in ausm. Sortim., Goldparmäne, Canada u. a. Renetten, Apiton Prima, Calville, Winter, Winter als Kochvorrichtung 1 Ztr. RM. 18.— 14.—
Wilh. Müller, Zitlau (Obs.), Obstanbau-Lehrmanufaktur.

Vaillants Gas-Badeöfen
Zu beziehen durch alle Installationsgeschäfte
Illustrierter Katalog Ausgabe 17p kostenlos
Joh. Vaillant :-: Remscheid

Frische Butter.
Landbutter
offer. in Postkolo etwa 4 ℔ Pfd. Nettoinhalt, pro ℔ 2.20 und allerfeinstem
Alster Molkereiküche
pro Pfd. a 1.35 einschl. Porto u. Verpackung per Nachnahme
Hugo Selke,
Hutterbutter, Eiertrocken, Hamburg 36.

GUT „BOLS"

Sport.

Deutscher und internationaler Tennisport.

Der Internationale Tennisverband hält am 10. März 1926 in Paris seine jährige Jahresversammlung ab. Dem Verbande ist mit die Tagesordnung über Wunsch vorher den dem Internationalen Verband angeschlossenen Nationen zugehen, was bisher Tage erhielten. Das Programm der Generalversammlung ist sehr umfangreich. Die Aufnahmegesuche von Kopenhagen und Portugal sollen eingehend geprüft werden. Deutschland hat kein Gesuch um Wiederaufnahme in den Internationalen Tennisverband eingereicht, in diesem Grunde ist vorläufig nicht daran zu denken, daß Deutschland an den Davispokalspielen sowie an den internationalen Tennismeisterschaften von Amerika und England teilnehmen kann. Herr Geinder, der Generalsekretär des Deutschen Tennisbundes, bemerkte dazu u. a.: Daß im letzten März auf der Pariser Tagung ein Antrag Deutschlands auf Aufnahme glatt zurückgewiesen worden wäre, braucht nicht besonders betont zu werden. Der beste Beweis hierfür liegt in der in den internationalen Tennisfache, daß auch heute, nach der bereits erfolgten Vorabbereitung des Vertrages von Locarno, die Ausländer Deutschland gegenüber im allgemeinen günstiger zu beurteilen sind als zu Beginn des Jahres. Amerika hat zwar bereits seine Zustimmung zu beiden Anträgen Deutschlands im vorherein erteilt und und zweifellos dadurch eine goldene Brücke gebaut. Wir dürften ferner bestimmt damit rechnen, daß eine günstige Entnahme unseres Antrages bei allen übrigen Ländern bis auf England mit seinem Dominiond, Frankreich und Belgien, Holland und das ist oder andere Land, das seine Stimme einem Engländer, Franzosen oder Belgier überträgt, rechnen. Dies vorausgesetzt, wäre also bestenfalls eine knappe einfache Mehrheit, keineswegs aber die bei einem Fortschritt eingereichten Anträge nötige ⅔- bzw. bei Behandlung der Frage als Prinzipfestfassung erforderliche ¾-Mehrheit zu erzielen sein. Der Antrag würde mithin auch heute noch glatt abgelehnt.

Diese Sachlage zwingt daher die verantwortlichen Führer des deutschen Tennisbundes zu größter Zurückhaltung und bestätigt die Richtigkeit des von ihnen bisher stets eingenommenen Standpunktes: die deutschen Tennisbund hat keine nationalen Beziehungen in vollem Umfange erst dann im Auge zu fassen, wenn die Verbindungsmen hierfür gegeben sind und wenn die gedeihliches Zusammenarbeiten mit den andern Nationen auf tennisportlichem Gebiete gesichert erscheint.

Tennistampf Hamburg–Hannover–Bremen.

In der Bremer Tennishalle treffen am Sonntag die Vertreter der drei Städte Hamburg, Hannover und Bremen zu einem Dreiländerkampf zusammen. Die Wettbewerbsmannschaften der Herren und zwei Damen. Hamburg entsendet u. a. Frau Galvao, Dr. Brandes, Dr. Tessart, Groos und Rosenberg, Bremen u. a. Frl. Buß, Frau Brockmann, die Herren Grob, Lürmann, Meyering, während Hannover durch das Ehepaar Stephanus, Gräfin Bredow und Lane vertreten ist. Es ist ein sehr schönes Programm in Aussicht, und der Ausgang ist gleichlich unsicher, wenn nicht die Bremer Spieler auf Grund ihrer größeren Spielerfahrung und der Halle von vornherein ein gewisses Plus für sich haben.

Voraussagen für Sonntag.

Marienhorst.

1. Rennen: Ingrid Halle — Flamberg.
2. Rennen: Phimeria — Raisiko.
3. Rennen: Fiscus — Handfest.
4. Rennen: Witzer — Precious Weiss.
5. Rennen: Prunk — Fahrt Zum Teufel.
6. Rennen: Progreß — Fahrt Ch. Mills.
7. Rennen: Fahrt J. Mills — Peter Harwetter.
8. Rennen: Elise — Demoiselle.

Herr S. Staudinger, der bekannte Hervorrenner und Zweirennfolgereichste dieses Jahres, zeigt seine Verlobung mit Frl. Lorenz-Österreich an.

Jockey Schultz, nach Oertel der erfolgreichste Hindernisreiter, der verflossenen Jahre, wurde für 1926 an den Stall Halma verpflichtet.

Berliner Amateurboxen.

Dritter Kampfabend des B. C. B. 13.

Am Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr, veranstaltet der Boxsport Club Berlin 1913 in den Unions-Festsälen Greifswalderstraße 222 einen Abend mit Elite Einladungskämpfe. Die Kampfmannschaft des Veranstalters trifft hier auf erstklassige Gegner vom Berliner Sportclub, B. C. Preußen, B. C. Germania, Polizei-Sport-Verein, Norden-Nordwest, J. B. C. Marcobi, S. C. Viktoria und S. C. Union-Ch. Unter anderen kommen zur Vorführung: Weltmeister, Gewichtsmeister, Leichtgewichtsmeister, Weltgewichtsmeister, Weltgewichtsmeister, Welt

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse

Volkswirtschaftlicher Teil.

Weitere Entlastung der Reichsbank.

2423,9 Mill. R.-M. Reichsbanknoten im Umlauf.

Der Ausweis der Reichsbank vom 23. November 1925 zeigt eine weitere Entlastung des Status der Bank. Der Wechselbestand ist um 69,5 Mill. RM. 1379,5 Mill. R.-M. zurückgegangen. Von der Verminderung entfallen 43,3 Mill. auf Rückzahlungen von privater Seite und 26,2 Mill. auf die Abgabe weiterer Rediskontos an öffentliche Stellen, so dass sich die Gesamthöhe der Rediskontierungen auf 706,3 Mill. Reichsmark stellt. Die Lombardanlage dagegen erfuhr eine geringfügige Zunahme um 1,7 Mill. auf 114 Mill. R.-M. erfahren, der Effektenbestand um 0,7 Mill. auf 221,3 Mill. R.-M. Die gesamte Wechsel-, Lombard- und Effektenanlage verminderte sich somit um 61,1 Mill. auf 1612,4 Mill. R.-M.

(In Reichsmark.)

	23. November	14. November
Noch nicht begebene Reichsanleihe	177 212 000	177 212 000
Goldbestand (Barrengold, das Pfund fein zu 1392 Reichsmark berechnet)	1 297 200 000	1 296 959 000
und zwar Goldkassenbestand	1 110 295 000	1 110 354 000
Goldbestand (unbelastet) bei ausländischen Zentral-Notenbanken	96 605 000	96 605 000
Deckungsfähige Devisen	392 496 000	375 259 000
Bestände Wechsel und Schecks	1 379 507 000	1 442 962 000
Deutsche Scheidemünzen	67 610 000	65 307 000
Noten anderer Banken	37 026 000	29 940 000
Lombardforderungen	11 565 000	9 863 000
Effekten	221 350 000	220 717 000
Sonstige Aktiven	891 285 000	845 261 000
Grundkapital		
a) begeben	122 788 000	122 788 000
b) noch nicht begeben	177 212 000	177 212 000
Reservefonds		
a) gesetzlicher	25 403 000	25 403 000
b) für sonst. Bestimmungen	33 494 000	33 494 000
c) sonstige Rücklagen	127 000 000	127 000 000
Betrag der umlaufenden Noten	2 423 886 000	2 558 829 000
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	967 919 000	832 767 000
Betrag der in Pfandbriefen begebenen Summe	—	—
Sonstige Passiva	307 688 000	296 067 000
Verbindlichkeiten aus weiterbegebenen, in Inland zahlbaren Wechseln	706 328 000	686 172 000

An Zahlungsmitteln sind 135,9 Mill. R.-M. Reichsbanknoten und 70,7 Mill. R.-M. Rentenbankscheine an die Kassen der Bank zurückgeflossen. Der Umlauf an Reichsbanknoten beträgt demnach 2423,9 Mill. R.-M. der Bestand der Reichsbank an Rentenbankscheinen 48,3 Mill. R.-M.

Die fremden Gelder erfuhren im Zusammenhang mit den Rückflüssen an Zahlungsmitteln eine Zunahme um 135,2 Mill. auf 967,9 Mill. Reichsmark, die zum überwiegenden Teil auf das Anwachsen der Privatguthaben zurückzuführen ist.

Der Goldbestand stieg um 0,241 Mill. auf 1297,2 Mill. R.-M., der Bestand an deckungsfähigen Devisen um 17,2 Mill. auf 392,5 Mill. R.-M., der gesamte Bestand an Gold und deckungsfähigen Devisen somit um 17,5 Mill. R.-M. auf 1689,7 Mill. R.-M.

Die Deckung der Noten durch Gold allein hat sich von 47,2 % in der Vorwoche auf 49,8 % und die Deckung durch Gold und deckungsfähige Devisen von 61,8 % auf 66 % gehoben.

Die Fusion in der Farbenindustrie. Die a. o. Generalversammlung der Badischen Anilin- und Sodafabrik genehmigte gestimmig den Fusionsvertrag und die dadurch bedingte Kapitalerhöhung der Badischen Anilin- und Sodafabrik um 641 600 000 M. Stammaktien und 3 400 000 M. Vorzugsaktien sowie Aenderung der Firma in J. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft und die Verlegung des Sitzes nach Frankfurt a. M. Die Farbenfabriken vorm. Bayer-Leverkusen verzichtet auf Verwaltungsrechte an der Badische Anilin- und Sodafabrik für 194 800 000 M., die bisherige Farbenaktiengesellschaft zu 194 800 000 M. die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt am Main für 48 700 000 M. die Chemische Fabrik Weiler-ter-Meer in Uerdingen für 13 200 000 M. Der Umtausch der Aktien erfolgt bekanntlich im Verhältnis 1:1. Der Vorstandsvorsitzende begründete die Fusion und verwies darauf, dass u. a. auch das neue Kartellgesetz, das die Kündigung von Gemeinschaftsverträgen sehr erleichert, sowie die erschwerte Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Notwendigkeit eines festeren Zusammenschlusses ergeben habe. Nun müsse man Mittel und Wege finden, um eine Verbilligung der Kosten zu schaffen. Diese werde durch den vollen Zusammenschluss erstreckt. Einen Aktionär, der im Interesse der Angestellten verschiedene Fragen anfwarf, antwortete Professor Bosch, die Produktion werde auf einem relativ niedrigen Stande bleiben. Die Werke seien mit etwa 50 % der Produktionsfähigkeit beschäftigt und würden auch vorläufig weiter auf dieser Basis produzieren. Die Fusion als solche bedinge keine erstaunlichen Baubetriebsumbau, unmal grosse Umwälzungen des Verwaltungsapparates und an den Betrieben nicht vorgenommen sein. Das Programm der Interessengemeinschaft sei natürlich, da man mit den Gesellschaften vorsichtig umgehen müsse, dasselbe beschränkt. Auf die Frage des gleichen Aktionärs, warum nicht eine Reduktion der Aufsichtsratsstellen vorgenommen werde, antwortete Professor Bosch, dass durch die in neuen Vertrag vorgesehene Bildung eines Gemeinschaftsrates aus den Kreisen des Aufsichtsrates die Beweglichkeit der Verwaltung weiter gewahrt sei.

Die Amerika-Anleihe der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen. Die Sprec. amerikanischen Schuldverschreibungen der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen G. m. b. H. sind seit dem ersten Tage der Auflegung in Amerika sehr stark überzeichnet worden. Es handelt sich um einen Betrag von 7,5 Mill. Dollar, der von mehreren amerikanischen Firmen in New York fest übernommen und zum grossten Teil in Amerika und zu einem kleinen Teil in Holland untergebracht worden ist. Der Ausgabekurs dieser Anleihe hat in New York 87,5 % betragen, so dass sich unter Berücksichtigung des Disagios für die Gesellschaft eine Rentenverzinsung ergeben wird, die noch unter 8 % liegt. Als Sicherheit für die Anleihe ist lediglich hypothekarisch das Kraftwerk gegeben worden. Die Anleihe wird innerhalb 25 Jahren mit 10 % getilgt, von denen die ersten 2½ Jahre tilgungsfrei bleiben. Die Gesamtbelastungen der Anleihe sind, soweit bekannt, die günstigsten, welche bisher bei Amerika-Anleihen erzielt worden sind. Die Elektrizitätswerke Westfalen G. m. b. H. hat die Genehmigung zur Aufnahme einer Gesamtanleihe von 25 Mill. Dollar erhalten, von denen diese Anleihe die erste Rate darstellt. Sie habe in dem Darlehensvertrag mit den amerikanischen Banken eine Option auf weitere 17,5 Mill. Dollar erhalten, so dass die Finanzierung der Gesellschaft auf absehbare Zeit gesichert ist. Die erste Rate wird hauptsächlich zum Ausbau der Kraftwerke und des Leitungsnetzes verwandt werden.

Zur Gründung des Drahtverbandes. W. T. B. meldet: In einer Sitzung der führenden Vertreter der gesamten deutschen Drahtverfeinerungswerke wurde eine endgültige Einigung über die Satzungen erzielt, so dass die Gründung des Drahtverbandes für übermäßen Werke in Aussicht genommen ist. Mit einigen reinen Verfeinerungswerken müssen in der Quotenfrage die Verhandlungen noch fortgeführt werden. Das Zustandekommen des Verbandes darf aber nur dann als gesichert betrachtet werden, wenn bis zur Gründungsversammlung eine Einigung mit diesen Werken erzielt worden ist.

Bevorstehende Aussenhandelsregelung. Der Aussenhandelsverband begeht demnächst sein 25jähriges Jubiläum und wird aus diesem Anlass am 9. Dezember in Berlin eine Mitgliederversammlung veranstalten, auf der u. a. sprechen werden: Reichsminister a. D. Dr. Gothein über die heutige Tätigkeit und die bevorstehenden Aufgaben des Aussenhandelsverbandes, Geheimer Hofrat Professor Dr. v. Schulze-Gaevernitz über Deutschland in der Weltwirtschaft und Reichsminister a. D. Dr. Derburg über die Erschwerung des deutschen Aussenhandels durch Steuern und Reparationslasten.

Russische Kohlenförderung. Nach amtlichen Angaben betrug die Kohlenförderung des zentralen Kohlenrevirs des Donezgebietes „Donugol" im Oktober brutto 1 157 787 t gegen 949 385 t im September.

Valutamarkt.

Erneuter Sturz des Zloty.

Die rückläufige Bewegung des Zloty, die seit einigen Tagen erhalten und am Dunnig ihren Ausgang nimmt, nahm heute einen aussserordentlich bedenklichen Umfang an. Zloty gegen Kabel wurden zu Beginn des heutigen Verkehrs mit 7,66 genannt, und stieg im Verlaufe auf 8,10. Das Geschäft am hiesigen Platze war ausserordentlich ruhig. Bemerkenswert ist, dass die Interventionen der mit der Bank Polski in verbindungsstehenden Grosbank sich jetzt zur Zeit noch auf die amtliche Notiz beschränken. Hier musste dieses Institut bei einem Kurse von 8¼ gegen gestern 10 Dollar Warschau 500 000 Zloty aufnehmen. Die Zlotyflaue hatte wieder eine gesteigerte Zunahme der Nachfrage nach Devisen zur Folge. Die Notierungen mussten erneut heraufgesetzt werden musste, auf 4,202.— Sonst ergaben sich nur geringfügige Aenderungen. Etwas schwächer in Reaktion auf die geringe Carke Erholung war der französische Franken, und auch Mailand, Spanien konnte sich erholen.

Berliner Devisen:	[illegible]	28. 11.	28. 11.	27. 11.	27. 11.
	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Buenos Aires		1,721	1,743	1,741	1,745
Japan	7,31	1,732	1,752	1,751	1,755
Konstantinopel	2	2,27	2,2	2,271	2,275
London	4 5	20,324	20,374	20,32	20,37
New York	4½	4,195	4,205	4,19	4,195
Rio de Janeiro		0,551	0,553	0,554	0,556
Amsterdam	3½	168,29	169,01	168,57	168,99
Brüssel, Antw.	5½	19,00	19,04	19,00	19,04
Italien	5	20,29	20,35	20,29	20,35
Danzig	5½	80,29	80,79	80,585	80,785
Jugoslawien	7½	7,35	7,373	10,358	10,388
Lissabon	5	16,91	16,95	16,945	16,985
Madrid	5	74,15	74,37	74,15	74,37
Kopenhagen	5½	104,42	104,68	104,42	104,68
Prag	5½	12,415	12,445	12,415	12,445
Paris	6 6	16,23	16,29	16,38	16,42
Wien	5 5	12,415	12,445	12,415	12,445
Schweiz	3½	80,03	81,03	80,76	80,96
Bulgarien	5½	3,040	3,055	3,045	3,055
Spanien	5 5	69,43	69,57	69,43	69,62
Oslo, Christ.	4½	91,29	91,49	91,29	91,49
Budapest	7	5,873	5,89	5,873	5,8 5
Wien Budapest		5,17	5,31	5,16	5,30
Athen	10 1	5,19	5,51	5,49	5,51
Kanada		4,197	4,207	4,197	4,207
Uruguay		4,295	4,245	4,285	4,295

Kurse in R-M für 1 Pfd., 1 Dollar, 1 argent. Peso, 1 Milreis, 1 Yen, 100 000 ungar. Kronen, übrigen je 100 Einheiten.

Rombacher Hüttenwerke. Die auch von uns wiedergegebene Meldung der „Köln. Ztg.", wonach die Rombacher Hüttenwerke mit dem Dn Wendel-Konzern in Verhandlungen wegen Uebergangen der Zeche Concordia in den Besitz des genannten Konzerns stehen, entsprechen, wie W. T. B. erfährt, zutreffend wird, mitzuteilen, in keiner Weise den Tatsachen.

Verhandlungen über eine Ausländsanleihe der Stadt Mannheim. Zu der in einigen Blättern gebrachten Meldung über den Abschluss einer 10 Mill. Dollar-Anleihe der Stadt Mannheim, W. T. B. erfährt, Verhandlungen über die Anleihe im Gange sind, dass über einen Abschluss aber noch nichts bekannt ist und dass namentlich die Summe von 10 Mill. nur eine Schätzung darstellen dürfte.

Neue Vertragung im Prozess der A.-G. Weser gegen den Norddeutschen Lloyd. In der Klage Clauss II (Klagefordrung 1 700 415 M. nebst Zinsen und Umsatzsteuer) der A.-G. Weser gegen den Norddeutschen Lloyd war auf Sonnabend vor dem Landgericht Bremen, Kammer III für Handelssachen, ein Termin angesetzt. Zu der Sache sind von den Parteien neue Schriftsätze, Teil noch am Montag, eingereicht worden, die besonders die Voreinzahlungen auf die aufgestellten Berechnungen zum Gegenstand haben und die noch eingehend zu prüfen und zu erörtern sein dürften. In eine eigentliche Verhandlung wurde nicht eingetreten. Die Verhandlungen wurden auf den 19. Dezember vertagt. Es sollen an diesem Tage die Schlussverhandlungen stattfinden. Man rechnet aber damit, dass an diesem Tage endgültige Regelung gerichtsseitig erfolgen kann.

Düsseldorfer Eisenhüttengesellschaft, Rattinsen. Die Verwaltung teilt mit, dass der Abschluss für das am 30. 9. 25 abgelaufene Geschäftsjahr 1924/25 sich infolge der Ruhrkrise aufweist, der aus dem Reservefonds gedeckt werden soll. Das Werk sei gegenwärtig nur bis zur Hälfte der Leistungsfähigkeit beschäftigt und arbeite mit Verlust. Die Angliederung der Hildener Schraubenwerke an die Gesellschaft hat sich nicht den Erwartungen entsprochen. Es schweben deshalb noch Verhandlungen, um das Werk wieder abzustossen.

Weil-Werke A.-G., Frankfurt a. M. Die Generalversammlung genehmigte den schon gemeldeten Abschluss und die Verteilung von 10 % Dividende auf die Stamm- und 7 % auf die Vorzugsaktien. Es wurde mitgeteilt, dass das Geschäft in Fahrrädern wegen der schlechten Zahlungseingänge weniger gut sei.

Fusion nordwestdeutscher Kraftwerke. Die Friedrichswerke A.-G. Kraftwerke A.-G., Hamburg, beantragen die Uebernahme der Kraftwerk Unterweser A.-G. und eine Kapitalerhöhung von 7 auf 8,5 Mill. R.-M.

Stillegung von Kaliwerken. Die Adler-Kalkwerke A.-G., Oberröblingen, beantragen bei ihrer ordentlichen Generalversammlung die Stillegung des Werkes bis 31. Dezember 1925 gemäss § 83a der Durchführungsvorschriften zum Kaliwirtschaftsgesetz. Der gleichen Beschluss liegt bei der Gesellschaft nahestehenden Kalkwerke Adolfs Glück A.-G., Lindwedel, vor.

Berlin-Neuruppiner Kunstanstalten A.-G., Berlin. Die Generalversammlung genehmigte die per 30. 6. 25 abschliessende Jahresrechnung, aus deren Reingewinn von 119 631 M. 100 000 M. einem Reservefonds-Konto II zugeführt wurden. Das Jahr 1924/25 ist ohne Gewinn und Verlust vorgetragen wird. Von Aktionärseite wurde die Ausschüttung einer Dividende angeregt, da durch eigenen Zarrowbetrieb der Verwaltung eine angemessene Dividende hätte vertelt werden können. Der Vorstand bemerkte hierzu, dass der Gewinn und dem vermehrten Umsatz im neuen Geschäftsjahr und zur Vermeidung der Erhöhung der Bankverbindungen von der Ausschüttung einer Dividende Abstand genommen worden sei. Der Auftragseingang im neuen Jahr war bisher zufriedenstellend. Die ersten Umsätze seien erheblich höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Bamberger Kalikofabrik A.-G., Bamberg. Eine Generalversammlung hatte sich der Neuwahl des Aufsichtsrats zu befassen, nachdem, wie schon gemeldet, die Winterbotten Bank Clod Bank und Bank Hofmann aus den Händen der Köttitzer Leder- und Wachstuch A.-G. die Aktienmehrheit zurückerwarben, die von dem Kriege in ihrem Besitze gewesen war. Neugewählt wurden Bankier Dr. Kurt Arnhold in Dresden, Herr Brinkhoff der Manchester, Justizrat Dr. Schmidt, Oberbürgermeister Geh. Wirkhen, Geheimrat Dr. Albert Wassermann, die sämtlich Herren in Bamberg. Es wurde ferner beschlossen, die Vorzugsaktien der Gesellschaft in Stammaktien zu je 40 M. umzuwandeln.

Bamberger Milzerei A.-G. vorm. Carl Jäger, Bamberg. Abschluss für 1924/25 ergibt nach Abschreibungen von 51 250 M. einen Reingewinn von 68 881 M., aus welchem 6 % Dividende verteilt und 14 861 M. vorgetragen werden sollen.

Konkurs des Bankhauses Allermann u. Co., Aachen. Ueber das Bankhaus ist der Konkurs verhängt worden. Die zuvor gemachten Versuche, eine Fortführung oder eine liebliche Liquidation des Unternehmens herbeizuführen, worüber wir berichteten, sind leider fehlgeschlagen. Bekanntlich stand die erst während der Inflation gegründete Firma schon seit einiger Zeit unter Geschäftsaufsicht.

Hammonia, Allgemeine Versicherungs-A.-G., Hamburg. Die Verwaltung beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals um 1,2 Mill. R.-M. durch Ausgabe von 10 000 auf den Namen lautenden Aktien Lit. B über je 100 M. Die 10 000 neuen und 2000 Stück auf den Namen lautenden voll einzuzahlenden Aktien Lit. C über je 100 M. sollen zu Gunsten der Aktionäre des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre.

Bremer Baumwoll-Terminmarkt, 28. 11. Eröffnungskurse von 11 Uhr: Dezember 21,05 B., Januar 1926 21,00 B., 20,75 G., März 21,09 B., 21,01 G., Mai 20,96 B., 20,68 G., 20,98, 20,95 bez., Juli 20,87 B., 20,70 G., September 20,45 B., Oktober 20,25 B., 20,10 G. Tendenz abgeschwächt.

Bremer Woll-Kammzug-Terminmarkt. 28. Nov. (Eigenbericht) Amtlicher Preis für Kammzug aus Australwolle Universal 22,25 (22,83) Dollarcents je lbs

Berliner Börse.

28. 11.

Weiter fest.

Die Börse war anfangs in den führenden Terminwerten schwächer, da die kleine Spekulation Ware abstieus anlässlich der Montag erfolgenden Feiertagserklärung. Das Ausland ergebot aufhörte, konnte sich die Tendenz erholen, zumal Nebenwerte und namentlich der Einheitsmarkt weiter steigende Tendenz aufzuweisen hatten. Eine der Regierung nahestehende Bank soll wieder größere Käufe am Kassamarkt getätigt haben. Zum Schlusse haussierten Amerikawerte auf Abfindungshoffnungen.

An der Schlußbörse hielt die feste Stimmung an. Montanaktien konnten sich um Bruchteile eines Prozents weiter befestigen. Gelsenkirchen 70¼, Phönix 63½, Harpener 93¾, Rheinstahl 51½. Schiffahrtsaktien hatten ziemlich lebhaftes Geschäft bei weiter nach oben gerichteter Tendenz. Hapag 75¾, Norddeutscher Lloyd 77¾. Auch Türken blieben gesucht. Zollürken 7,95. Am Anleihemarkt erfreute sich Schutzgebietsanleihe auf 4¼, Kriegsanleihe 1,90.

Besonders Schiffahrtswerte wurden von dieser Bewegung erfasst. Packetfahrt stiegen 70% auf 75, Lloyd von 74¾ auf 77¾. Sehr fest waren auch Baltimoren, anfangs 72¾, zum Schluss 76½. Auch ein Kassapapier ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Chamotte-Genussscheine, die aufwertungsberechtigt sind von 20 auf 25 rep. anzogen. Sonst lagen Montanwerte ziemlich ruhig, da der Montan-Kohle lebhaftes Geschäft mehr aufkommen liess. So weit in diesen Werken Dezembersatz gehandelt wurde, hatte diese festere Kurse. Phönix schlossen etwa 63, Deutsch. Lux. 64, Harpener 98½, Rheinstahl 51¼. Von sonstigen Industriewerten lag eine Anzahl Nebenwerte prozentweise höher.

Besonders fest gestaltete sich der Einheitsmarkt der Industriewerte, obwohl wegen des Sonnabend das Geschäft reduziert war. Es gab zahlreiche repartierte Geschäfte, von welchen wir erwähnen: Vereinigte Kohle von 35¼ auf 38, Hechsten Maschinen von 41¼ auf 44¼, Lev von 4¼ auf 6, Heidenau Papier von 18 auf 19½, Gehe u. Co. von 31 auf 33¾, Hura von 43,10 auf 45, Gas, Wasser- und Elektrizitätsanlagen von 37¾ auf 41. Sonstige erhebliche Kursgewinne: Triton von 28 rep. auf 31, Adlerwerke von 18 auf 20, Glashendeck von 8¾ auf 9¾, Terrain-Südwest von 105 auf 109, Nordwaggon von 13½ auf 15½, Wasserwerke Gelsenkirchen von 66 auf 67¾, Stettiner Oder von 10½ auf 12¾, Königsberger Lagerhaus von 22 auf 26, Bertold von 95½ auf 102, Gebrüder Stromer Gusstahl von 20½ auf 23, Hannoversche Maschinen blieben durch die Arbeitsaussperrung unbeeinflusst, der Kurs stieg weiter etwas von 37 auf 38¾.

Etwas schwächer lagen Kalker Maschinen von 37 auf 35 rep., Peipers von 47 auf 42, Stettiner Papier gest. Br., Westfalia Dinnendahl von 30 auf 27¾. Bankaktien waren ziemlich ruhig, Deutsche etwas schwach, 9½, da die geringen Kreditoren auf die Geschäftsstille schliessen lassen. Deutsche Grundschuldbriefe waren ruhiger, Umsatz etwa 34 000 Mark. Der Kurs weiter etwas befestigt, 75.

Bei der geteilten Preussische Hypothekenbank zum letzten Male gestr. Br. Die Aktien erscheinen aber heute zum ersten Male den Parketandel.

Während heimische Anleihen bei stillem Geschäft vorübergehend etwas schwächer lagen, waren Exotenwerte sprochen fest. Sehr lebhaftes Geschäft hatten insbesondere Türken. Zollürken stiegen auf 7,80 (7¾) % Bagdad auf 19½ (19¼), Ottos auf 7,6 (7¼). Auch heute ging die Anregung wieder von Paris aus, und zwar in Verbindung mit Gerüchten über die Aufnahme der Zinsendienstes in Aussicht stände. Ungarn waren gleichfalls fest: Ung. 12½ (12¾), 10er 10¼ (10,3); Goldrente eine Kleinigkeit schwächer, 12,35 (12,4). Befestigt waren ferner Chinesen, Japaner, Rumänen, Serbien, Spanier 16—16¼. Auch ausländische Stadtanleihen waren weiter gesucht. Oder Bukarester stiegen auf 2,3. Mexikanische Anleihe um 1/16.

Von heimischen Renten wurden Kriegsanleihe 1,90 bezahlt, Schutzgebiete 4¼ %ige Konsols zwischen 0,195 und 0,204. Vorkriegshypothekenpfandbriefe brockelten weiterhin etwas ab. Etwas fester waren lediglich Schwarzburger; Preuss. Hypotheken und Hamburger. Goldpfandbriefe waren kaum verändert. Für Ostpreussische Landschaft 6 % Roggen lautenden Werte in Auswirkung der Regierungsaktion zur Stützung der Getreidepreise.

Amtlich nicht notierte Werte: Adler Kohle 15,—17, Becker Kohle 38—39, Becker Stahl 425, Bosa 14—15, Dutch. Evaporator 7—8, Deutsche Petroleum 53—54, Duxer Porzellan 30, Fraureuth. Porz. 10—10,5, Getreide Comm. 50, Hirschwald 12—14, Gebrüder Frank. 60—61, Gustav Elbe 80—85, Hochfrequenz 57—58, Internat. Petrol. Union 45, Kabel Rheydt 95—96, J. Roth-Sebnitz 25—26, Südd. Schreibmaschinen 4, Julius Siebel 7, Stoewer Auto 29, Tiag —, Trier Walzwerk 55—40, Ula 49—50, Ver. Chem. Feitz —, Adler Kali 54—55, A.-G. für Kalidünger, 113—115, Bentin Kali 0,65—0,75, Hallesche Kali 83—85, Hannoversche Kali 44—46, Heldburg Ver. 29—30, Kali Niedersachsen 51—52, Kali Steinförde —, Krügershall 68,5—69,5, Bonnenfeld Kali 0,6—0,65, Salzdetfurth —, Wintershall 45—47, Cie. Hisp. Am. d. El. 6 % arg. Rthe. 360, do. 6 % span. Rthe. 368, do. Aktien Lit. A 1060, Diamond Match 3,5—4, Gillette 3,5—4, Sloman 210—215, Sloman 3,25—3,5, Südsee-Phosphat etwa 20.

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse, 28 November, Amtl. Notierung der Mittagsbörse ab Station Berlin und Umkreis frei Berlin.

	28. 11.	27. 11.
für 1000 kg		
Weizen	246—249	246—251
mark.	246—249	246—251
Roggen	253,5—255	250—252
mark.	274—275	272—274
Roggen		
mark.	157—159	157—160
Hafer		
Dezember	172,75	171,75
mark.	171—173	170—172
Gerste		
Sommer	150—213	150—215
Winter	156—163	156—163
Mais		
mark.	171—181	171—181
Weizenmehl		
Dezember	175—178	175—178
mark.	190	192
Raps		
Berlin	—	—
Dezember	—	—

Die matteren Anfangskurse von Liverpool wirkten, obwohl die Nachrichten aus den Nordamerikanischen Chicago und Winnipeg entsäuscht hatten. Infolgedessen waren die weiter gestiegenen heutigen Preise von gestrigen Nachmittag nicht voll zu behaupten, setzten aber für Dezember noch etwas höher, für spätere Sichten niedriger ein, da sie gestern geschlossen hatten. Zu ersterem trug auch der Umstand bei, dass die Provinz heute fast noch ganz ausfällt, und die Nachfrage nach Ware recht reichlich. Im ganzen war die heisse Tendenz vorherrschend, was sich auch für Roggen ausdrückt, für den der Geschäftsverlauf nicht viel anders als für das erstere Getreide war. Gerste blieb ruhig und behauptet. Hafer lag geschäftlich ist reichlich angeboten und nicht leicht zu verkaufen. Mehl blieb noch geschäftlich nachmittag ohne Umätze, war heute aber ruhig. Futterartikel blieben still.

Königsberger Produktenbörse, 28 Nov. (Freiverkehrskurse.) Preise je Ztr. frei Königsberg

	28. 11.	27. 11.
Weizen	10,50—12,60	10,00—11,50
Roggen	8,00—8,50	7,50—8,00
Roggen	8,00—8,60	7,50—8,25
Gerste	8,00—8,75	8,00—8,50
Hafer	7,50—8,20	7,50—8,20

Berliner Butter. Die amtliche Berliner Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Grosshandel (Frach und Gebinde gehen zu Käufers Lasten) war am 28. 11. für I. Qualität 2,03 R.-M. Qualität 1,75 R.-M., abfallende Qualität 1,55 R.-M. für ½ kg.

Magdeburger Zucker notierte am 28. 11.: Gemahlener Melis 1 bei prompter Lieferung 27½ R.-M. 50 kg.

Magdeburger Zucker-Terminnotierungen, 28. 11. (Weisszucker exkl. Sack für 50 kg.) Dezember 18,75 B., 18,60 G., Januar 1926 14,10 B., 13,90 G., Februar 14,30 B., 14,30 G., März 14,60 B., 14,55 G., April 14,75 B., 14,65 G., Mai 14,90 B., 14,85 G., August 15,20 B., 15,30 G. Tendenz ruhig.

Fortlaufende Notierungen

Banken.

Ausw. stadt. Werte	*2	3	3
64 Banken	*2	2	2
Barmer Bankverein	4	4	4
Bayer. Hyp. u. Wechs.	4	4	4
Bayer. Ver. Bank	115—114,5	114,5	114,75
50 Berliner Banken	*2	2	2
7 Deutsch. Kredit	7	7	7
32 Deutsche Banken	12,25—130,62—131	130,75	130,75
5,025 Wiener Bankverein	*2	2	2

Versicherungs-Werte.

— Deutsch. Eisenbahn	64,75—64,25—65	64,50	65
— Schantung	*1	1,25	1,25
— Ver. Dtsch. Bd. G. (Pr.)	*1	1,25	1,25
— Baltimore Ohio	*72,5—71—70,25	75,5	*72,25
— Chinesen	*39,5—40,75	40*	40*
— Dtsch. Atlantic. Telegr.	61	61	66,25
— Dtsch. Ostafrika	59,5—60	59,75	59,75
— Roland-Linie	86,5	88,5	89,5
— Stettiner Dampfer	25	24,5	24,5
— Verein. Elbschiffahrt	24,5	24,5	24,5

Industrieaktien.

— Schlesische Faserstoff.	106	105,75	105
— Accumulatoren-Fabrik	88,75	—	—
25,7 Adlerwerke	26,37—26,5	26,25	25,5
— Anglo-Kontin. Guano	67,5	69	68
— Anhalt. Kohlen	46	44	44
— Augsbg.-Nürnb. Masch.	62	64,5	61,75
— Baltimore	72—71	70	69
— Julius Berger-Tiefbau	107	107	106,5
— Berl. Karlsruh. Ind. W.	54,75	54,25	56
— Bingwerke	36—35,25	35,75	34,25
— Braun. Bohler & Co.		98,62	99,5
— Budersz. Eisenbahn		33,5	39
— Bunzl & Biach		34,75	35
— Byk-Guldenwerke		23,5	23
— Calmon Asbest	21,8	—	—
— Charlottbg. Wasserw.	53—54	56	53,75
— Chem. Heyden	18,25	18,25	18
24,9 Daimler Motoren	24,87	24,5	24,5
— Deutsche Erdöl	25,87	25	25,25
— Deutsche Kabelwerke	50	50	49
— Deutsche Linoleum	56,5	57,87	57
— Deutsche Werke	83,5	—	—
— Deutsch Wolkenw.	31,5	32,25	36,5
— Deutscher Eisenhandel	30	30,75	31,12
— Dr. Gude	17,5	17	17
— Elektr.-Lieferung		69,5	70,25
— Elektrizitätsanlagen	65	65,25	65,5
— Felsberg, List & Co.	47	47,4	46,5
— Feinmechanik	75	75	75
— Felten & Guilleaume	100	101,5	101,75
— Fränkische Metall	75	75	75
— Gorlitzer Waggonfabr.	19,5	19,37	19,4
26 Grün & Bilfinger	75	75	75

Festverzinsliche Standspapiere.

Dollar-Schatzanweisung	97,5	97,5	97,5
Deutscher Gold-Schatz			
6. % R. M.			
Anzg.	0,15	0,15	0,155
4,2 % Reichsanl.	0,15	0,15	0,15
K. v. 23 (6 %)		0,125	Turk. Bgd. S. I. v.
Dtsch. Reichsanl.	0,195—19,62	0,195	0,195
do. 4		0,205	0,21
do. 4		0,305	0,312
do. 4			
St. Schz. 7 (6)			
do. 4	0,1	0,1	0,1
Ab. Bibertal	4,5	4,5	4,5
Anhaltische Kohlen			
Ablösungsanl.	0,2	0,1975	0,202
Bayern Anl. v. 1911	0,1975—0,195	0,195	0,195
Bayern Anl. v. 1912		0,21	0,212
Bayern Anl. v. 1913	0,225	0,225	0,24
Bayern Anl. v. 1914	0,215	0,22	0,22
Bayern Anl. v. 1916	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1918	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1919	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1920	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1921	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1922	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1923	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1924	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1925	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1926	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1927	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1928	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1929	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1930	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1931	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1932	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1933	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1934	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1935	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1936	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1937	0,215	0,215	0,215
Bayern Anl. v. 1938	0,215	0,215	0,215